Nr. 200. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7879. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 28. August 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Monarchie in Italien.

Rom, 25. August.

Als im August 1900 der jetzige König Victor Emanuel III. seinem ermordeten Vater Humbert I. in der Regierung folgte, setzten die Reaktionäre all ihre Hoffnung auf ihn. Von dem neuen König erwarteten sie eine allgemeine Rückwärtsbewegung in der inneren Politik, in ihm suchten sie den Mann mit der starken Hand, der die „Umsturzparteien" unterdrücken werde.

Man wußte, daß der junge Monarch in seinem Innersten ein Militär war, ein leidenschaftlicher Student der Kriegswissenschaften, man sagte von ihm, daß er mit Kaiser Wilhelm II. stark befreundet und daß er ein Anhänger dessen Politik sei, kurz, man schrieb ihm einen recht konservativen und autoritativen Sinn zu. In letzterer Beziehung hatte man sich gewiß auch über Humbert nicht zu beklagen gehabt; erzählt man doch von ihm, er habe an einem der heißesten Tage des Obstruktionskampfes bei Tafel geäußert, daß er an des Präsidenten Stelle 100 Karabiniers gerufen haben würde, um die widerspenstigsten Deputierten verhaften zu lassen. Insofern bedauerte man auch seinen Tod, aber man hielt ihn doch für zu wenig intelligent, als daß er der italienischen Politik das Gepräge seiner persönlichen Neigungen und Anschauungen hätte aufdrücken können. Und so söhnte man sich in den Kreisen der Reaktionäre mit dem Tode Humberts aus in der Hoffnung, in Victor Emanuel den ersehnten Mann zu finden. Dabei zählte man viel auf den Schmerz des Sohnes und auf die Beleidigung der Würde seines Hauses durch den Dolch des Bresci und man hoffte auf eine baldige Rächung dieser That.

Aber die Hoffnungen der Reaktionäre wurden zerstört, als die Proklamation des neuen Königs an den Mauern angeschlagen wurde. Auf den Rat des alten Ministerpräsidenten Saracco hatte der König alle scharfen Entwürfe, welche übereifrige Minister ihm gegeben, bei Seite geschoben und Formen gewählt, aus welchen jeder Rachegedanke gegen die Parteien, welche die reaktionären Blätter für das Verbrechen von Monza verantwortlich machten, ausgeschieden war. Um dies zu verstehen, muß man sich erinnern, daß seit den blutigen Maitagen des Jahres 1898 zwei Ereignisse zu verzeichnen sind, die es nicht gestatteten, an eine Zurückschraubung der inneren Politik zu denken. Das ist zunächst der Obstruktionskampf in der Kammer und die allgemeinen Wahlen, bei denen das Volk offen und fest seinen Willen dahin bekundet hat, daß es eine Politik der Freiheit, ganz besonders in Bezug auf die Arbeiter-Organisationen verlangt, eine Tendenz, die sich seitdem noch bedeutend befestigt und verbreitert hat. Der alte Saracco hatte wohl begriffen, daß in einem Kampfe zwischen der Dynastie und dem Volke um das Gut der Freiheit die erstere unterliegen müsse; war doch der Ruf „Nieder mit dem König!", der während des Obstruktionskampfes von einem socialistischen Deputierten in der Kammer ausgestoßen wurde, im Lande gehört worden, ohne mit großer Lebhaftigkeit zurückgewiesen worden zu sein. Der Minister gab seinem König deshalb den Rat, den Weg des Liberalismus zu beschreiten, und man muß zugestehen, daß er bisher gehalten, was er in seiner Proklamation versprochen hat. Den Marsch der liberalen Politik, welche befestigt wurde durch die Bildung des Ministeriums Giolitti-Zanardelli und durch die parlamentarischen Kämpfe vom Juni 1901 und vom Mai 1902 und durch die Resultate der Municipalwahlen der letzten Monate, hat er in keiner Weise aufzuhalten gesucht. Die einzige Bedingung, die er bei der Bildung des Kabinetts Zanardelli-Giolitti stellte, war die, daß der Militär-Etat nicht beschnitten werden solle und daß er einen General zum Kriegsminister ernenne.

Diejenigen, welche den König näher kennen, sagen von ihm, daß er nicht über eine hohe Intelligenz verfüge, aber er habe einen klaren und richtigen Blick für die Neuzeit im Interesse der Freiheit und — in seinem eignen Interesse. Die Hoffnungen der unerbittlichen Reaktionäre sind also vollständig erschüttert. Die Königin-Witwe Margherita, deren hochfahrende Art und deren Vorliebe für Männer der Pose wie Crispi, Di Rudinì, Negri ebenso bekannt sind, wie ihr streng katholischer Geist und Engherzigkeit, stimmt denn auch mit ihrem Sohne nicht sehr überein; man legt ihr folgende Aeußerung über denselben in den Mund: „Ah, Victor hat nur drei Liebhabereien, Zanardelli, seine Frau und seine Tochter." Die konservativen Journalisten fügen eine vierte hinzu: Das Automobil.

Diese konservativen Herren, welche Anhänger der Philosophie des „Uebermenschen" sind, werfen dem König vor, daß er nicht eine Art Wilhelm der Kleine sei, daß er vielmehr vollständig aufgehe für die Familie, die Jagd und das Automobil, anstatt sich um Politik zu kümmern und konservativ zu beeinflussen. Und noch mehr Sünden haben die Reaktionäre dem König vorzuwerfen: Er umgiebt sein Haus mit zu wenig Glanz, die Zahl der Pferde seines Marstalles hat er vermindert, ebenso die Zahl der Offiziere seiner Leibgarde; ferner thue er nichts, um seine Hauptstadt zu verschönern, und anstatt eine Sommerresidenz in der Nähe der Hauptstadt anzulegen, lasse er sich eine Villa in dem Lande seines Schwiegervaters, in Montenegro bauen. Alles dies wiederholen sie immer wieder, nach jedem Siege der Demokratie in der Kammer oder außerhalb kann man dergleichen in den reaktionären Blättern lesen, und zwar in Formen, die sie immer der Gefahr nahe bringen, der Konfiskation zu verfallen. Sie wollen sich nicht eingestehen, diese konservativen Scharfmacher, daß die Zeiten sich geändert haben und der König mit ihnen und daß es auch nicht anders sein kann. Das Volk ist erwacht, organisiert und politisch besser geschult und es wird in Zukunft sich die Bethätigung seiner elementarsten Rechte nicht mehr nehmen lassen, auch nicht durch einen Staatsstreich des Königs.

Aber sie sind unverbesserlich, unsre Kraftmeier.

* * *

Aber giebt es denn keine anti-dynastische Meinung in Italien, giebt es nicht eine republikanische Partei? Gewiß giebt es eine solche, ihr Organ ist „Italia del Popolo" und sie reklamiert Mazzini, den Kämpfer für die Einheit, sowie den Föderalisten Cattaneo für sich. Aber diese Partei verliert von Tag zu Tag mehr von ihrem Einfluß; sie reibt ihre Kraft auf zwischen dem Kampf gegen die Monarchie und in der Verteidigung ihrer Position gegen den vordringenden Socialismus. Sie sucht ihre Rekruten unter derselben Bourgeoisie, welche von einer radikalen Politik profitieren möchte, ohne daß sie die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutung beseitigen will.

Der italienische Volksgeist wendet sich in immer steigendem Maße zum Socialismus. Er wird niemals sich auf eine bloße Umgestaltung politischer Formen werfen, eine Umgestaltung, die nur den Zweck hätte, die Monarchie zu beseitigen, ohne die wirtschaftliche Erlösung des Volkes zu bringen. Jede Volksbewegung in Italien muß im besonderen Maße wegen des außerordentlich drückenden Elends der arbeitenden Klassen einen vorwiegend ökonomischen Inhalt haben; sie wird sich vor allem mit dem Problem des Eigentums befassen, sie wird eine socialistische Bewegung in des Wortes ganzer Bedeutung sein.

Aus den Zielen des Socialismus erklärt es sich zu einem gewissen Teil, daß die Bourgeoisie Italiens sich vielfach nicht entschließen kann, republikanisch zu werden, obgleich sie durchaus nicht fest an der Dynastie hängt, obgleich sie oft im Innersten republikanisch denkt und fühlt und obgleich sie die Vorteile eines Regimes wie das der Schweiz wohl erkennt. Die Bourgeoisie bleibt monarchistisch, weil ihr die Monarchie eine Stütze für die Erhaltung des kapitalistischen Regiments gilt. Die Socialisten aber meinen: warum Energie verschwenden im Kampfe gegen die Monarchie, da diese doch ganz zusammenhängt mit den ökonomischen Interessen des Besitzes, und da auf der andren Seite durch das Erwachen der Volkskraft die Monarchie doch gezwungen ist, der Aufklärung und der Propaganda gegen die Privilegien des Kapitalismus genügend Raum und Bewegungsfreiheit zu geben.

* * *

Was die auswärtige Politik des Königs Victor anlangt, so hält man ihn für einen Slavophilen; die Ursache meint man in seiner Vermählung mit einer Tochter des Prinzen Nikita von Montenegro suchen zu sollen. Er träume, so sagt man, von einer Krone der Balkanstaaten, zu deren Schöpfung der Zar verhelfen soll, der damit einen Ausgang nach dem Adriatischen und nach dem Mittelmeer gewinne, ohne den Bosporus passieren zu müssen. Die Anleihen, die bei den italienischen Banken für den Hof von Cetinje auf die Civilliste des Königs gemacht worden sind, die albanenfreundliche Politik des Ministers des Auswärtigen, den Besuch — der erste unter allen — des Königs beim Zaren hält man für die Anzeichen dieser slavenfreundlichen Politik.

Würde etwa diese Politik einseitig betrieben, würde das Band mit dem russo-französischen Bündnis zu eng gezogen, so könnte leicht das europäische Gleichgewicht leiden zu Gunsten des Nationalismus in Frankreich, der Autokratie in Rußland und der Reaktion in Italien. Darum haben die italienischen Socialisten in ihrer großen Mehrheit die Erneuerung des Dreibundes gebilligt; wir sehen im Dreibund ein Mittel, den Nachteilen der von dem König beliebten Politik zu entgehen und uns von der Reaktion zu entfernen, ohne deshalb gezwungen zu sein, die guten Beziehungen mit Frankreich zu brechen. Diese zwei Allianzen halten sich heute gegenseitig die Wage, sie neutralisieren sich und zeigen vor allen Dingen das Widersinnige der großen Armeen und sind ein Beweis für die Möglichkeit, die Kriegsunkosten einzuschränken und die Heerslasten herabzumindern.

Die Anzeichen, daß wir einer solchen Entwicklung zustreben, können wir in Italien gleich wie in Frankreich bemerken. Bei uns wurde in diesen Tagen der Vorschlag aus Regierungskreisen verlautbar, den Militärdienst auf 2 Jahre herabzusetzen. Das Proletariat, welches viel dazu beigetragen hat, einen etwas demokratischeren Geist in die innere Politik und selbst in die internationalen Beziehungen zu bringen, wird selbstverständlich diese Reformen unterstützen und zwar in dem Sinne, daß die Präsenzstärke nicht eine Vermehrung erfährt. Auf diese Weise würde ein bemerkenswerter erster Schritt gethan werden, um die militärischen Ausgaben einzuschränken. Das wäre zugleich eine Einschränkung der im Militarismus wurzelnden Monarchie. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August.

Merkwürdiges Entgegenkommen.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

„Minister Budde kommt erfreulicherweise der deutschen Industrie wieder einen Schritt entgegen. Die von der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beantragte Eisenbahn-Frachtermäßigung für die überseeische Ausfuhr von Draht, Drahtwaren, Lokomotiven usw. sowie Roheisen wird am 1. September in Kraft treten."

Wir sind nicht in der Lage einzusehen, was bei dieser Art Entgegenkommen für die deutsche Industrie besonders erfreulich ist, wenn man nicht die gesamte deutsche Industrie mit den paar Industrien verwechselt, die der vorbezeichnete Verein vertritt. Es sind das fast durchgängig sehr kapitalkräftige, in mächtigen Syndikaten — man könnte geradezu sagen, verschworene Industriezweige, deren Letter den heimischen Käufern hohe Preise abpressen, um auf dem auswärtigen Markt Schleuderkonkurrenz treiben zu können. Die sehr einflußreichen „Hauptleute" dieser Industrien haben es schon erreicht, daß im neuen Zolltarif-Entwurf für ihre Erzeugnisse verschiedentlich **sehr viel höhere Zölle** angesetzt worden sind, als bisher in Kraft waren, kommt nun noch die Frachtermäßigung für die Ausfuhr hinzu, so bedeutet das einfach Fortsetzung und **Steigerung** dieser Politik der Verschleuderung nach dem Ausland und der Verteuerung gegenüber den Konsumenten im Inland. Die betreffenden Konsumenten sind aber zum großen Teile wieder Industrielle, welche die Erzeugnisse jener Industrien weiter verarbeiten, und sie vertreten mindestens zehnmal mehr Arbeiter, wie die Roheisen-, Draht- ꝛc. Industrie. Was ihr Vorprodukt verteuert, verschlechtert den Inlandsmarkt den zu entwickeln es doch vor allem ankommt. Es ist also eine sehr zweifelhafte, von jedem Vertreter handelspolitischer Verkehrsfreiheit durchaus kritisch zu betrachtende Industriefreundlichkeit, die sich in dem Tariferlaß des Ministers ausprägt. Er ist „industriefreundlich" im Sinne der Schutzzöllnerei, die in Deutschland jetzt den Ton angiebt, aber nicht im Sinne des Freihandels. Das hätte sich das liberale Blatt schon sagen können, wenn Konsequenz seine Sache wäre.

Auch vom Standpunkte der Eisenbahntarif-Politik hat die Maßregel ihre Rücken. Wer wird den Einnahme-Ausfall zu tragen haben, den die Tarifermäßigung bedeutet? Da der Staat heute auf seine Betriebsüberschüsse sicher nicht verzichtet, heißt jede einseitige Tarifermäßigung Verteuerung an irgend einer andren Stelle, und schließlich ist es so auch hier wieder der heimische Verbrauch, der die Kosten der Industriefreundlichkeit zu tragen hat. —

Centrumslügen.

Daß die Centrumsführer auf ihrer Mannheimer Parade über die kulturellen Ziele und die socialen Thaten des Centrums das Blaue vom Himmel zusammenfabelten, ist politisch begreiflich und menschlich bis zu einem gewissen Grade auch entschuldbar. Eine alte, innerlich überlebte Partei, die ihren notdürftig behaupteten Besitzstand gegen einen jüngeren, lebenskräftigen Gegner zu behaupten hat, wird in ihrem krampfhaften Bemühen, durch verdoppelte Reklame den verbleichenden Glanz der Firma aufzufrischen, die Grenzen des Geschmacks nicht allzu peinlich respektieren. Es genügt, die unlauteren Geschäftspraktiken aufzudecken und den Schwindel als das zu bezeichnen, was er ist. Aber auch die weitherzigste Toleranz muß schließlich ein Ende haben, wenn der durchsichtige Schwindel zur dreisten Lüge, zur direkten Fälschung feststehender Thatsachen wird. Das aber ist der Fall bei einem Referat, das am Dienstag der Professor Dr. Braig über das verfängliche Thema: „Der katholische Glauben und die wissenschaftliche Forschung" gehalten hat. Prof. Braig führte aus:

„Der katholische Glaube steht in keiner Weise in einem Gegensatz zur wissenschaftlichen Forschung. Die Kirche ist blos Gegnerin der Unwissenschaftlichkeit, weil Unwissenschaftlichkeit unkatholisch ist. Wahre Wissenschaft widerspricht nicht dem katholischen Glaubensbekenntnis. Aber nicht jeder, der einen akademischen Lehrstuhl inne hat, ist ein Mann der Wissenschaft. Männer wie Galilei, Kopernikus, Newton usw. haben nicht das Lied des Unglaubens gesungen. Die Kirche hat noch stets wissenschaftlichen Argumenten volle Beachtung zu teil werden lassen. Die katholische Kirche ist weder jemals eine Feindin der Wissenschaft noch eine Feindin der Freiheit gewesen. (Stürmischer Beifall.) Die Kirche, die aus den dunklen Katakomben Roms den Siegeszug durch die Welt nahm, kam nur in der Freiheit gedeihen. (Stürmischer Beifall.) Die Kirche verlangt volle Freiheit des Wissens, aber auch des Gewissens. Die Wahrheit hat die Kirche nicht zu fürchten. Im Gegenteil, die Kirche ist stets die erste Verfechterin der Wahrheit gewesen. Die katholische Kirche steht zu den wissenschaftlichen Ergebnissen der Astronomie in keinerlei Gegensatz. Diejenigen, die Galilei verurteilt, haben sich in einem beklagenswerten Irrtum befunden. Aber die **Kirche** hat an **diesem beklagenswerten Ereignis nicht die geringste Schuld.** Auch die Philosophie steht in keinem Gegensatz zur katholischen Kirche. Vergißt man denn, daß Thomas von Aquino einer der größten Philosophen war.

Die katholische Kirche ist ein Kind der Wahrheit und der Freiheit. Es waren das ihre Waffen, mit denen sie die Welt erobert hat. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Wenn der Herr Professor erklärt, daß die katholische Kirche für „freie Forschung" sei, so ist das vermutlich mit echt jesuitischer reservatio mentalis gemeint. Die Kirche braucht einen von ihr verfolgten Forscher bloß für einen Pseudowissenschaftler zu erklären, um den Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit von sich abzuwehren. Gegen solch wächserne Lapidarsätze zu polemisieren lohnt sich also nicht. Aber es giebt glücklicherweise einen Prüfstein für die angebliche Toleranz der als so wissenschaftsfreundlich, so vorurteilsfrei und human gepriesenen Kirche: die Geschichte. Und da war es eine große Thorheit des Referenten, mit historischen Beispielen zu operieren. Beweist doch die Geschichte genau das Gegenteil von dem, was Professor Braig so keck behauptete. Der Herr Professor hatte die Kühnheit, den Namen Galileis zu nennen, den Irrtum derjenigen zu beklagen, die ihn verurteilt, und zu behaupten, daß die Kirche an dieser Verurteilung nicht die mindeste Schuld treffe. Thatsache ist es dagegen, daß Galilei wegen seiner „häretischen" astronomischen Lehren von den Inquisitionsgerichten sowohl im Jahre 1616, als im Jahre 1633 verurteilt, und zwar zu Kerkerhaft verurteilt wurde, nachdem er im letzteren Jahre die

von ihm vertretene Kopernikanische Lehre hatte öffentlich und feierlich abschwören müssen. Die Thatsache der Verurteilung selbst wagt ja auch Professor Braig nicht abzuleugnen, er behauptete nur die Nichtbeteiligung der Kirche. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, daß das betreffende Inquisitions-Tribunal eine päpstliche, also eine eminent kirchliche Institution war, und daß auch die Päpste Paul V. und Urban VIII. die Urteile bestätigten. So ungeniert springen katholische „Wissenschaftler" mit historischen Thatsachen um!

Ein Weiteres über die Toleranz der Kirche in wissenschaftlichen und Glaubenssachen zu sagen, erübrigt sich an dieser Stelle. Jedes Kind weiß ja, mit welch bestialischem Blutdurst die mittelalterliche Kirche gegen Andersdenkende gewütet hat. Sind doch allein in Spanien durch die Inquisition 34 658 Menschen hingerichtet und 288 214 zu den Galeeren und lebenslänglichem Kerker verurteilt worden. Und noch im Jahre 1852 wurde durch die von Papst Pius VII. wiederhergestellte Inquisition ein Ehepaar wegen Uebertritts zum Protestantismus zu den Galeeren verurteilt.

Heute freilich schickt die Kirche niemand mehr auf den Scheiterhaufen oder die Galeeren, aber nicht, weil sie inzwischen toleranter und humaner geworden ist, sondern nur deshalb, weil der menschenfreundlichen Thätigkeit der Inquisition endlich das scheußliche Handwerk gelegt ist.

Wie sehr aber auch heute noch die Kirche für Geistesfreiheit eintritt, beweist die vatikanische Censur, die eine Unzahl Werke der hervorragendsten Geister aller Länder auf den Index gesetzt, d. h. für die Katholiken verboten hat. Es gehört also eine beneidenswerte Dosis Wahrheitsliebe dazu, zu erklären: „Die katholische Kirche ist ein Kind der Wahrheit und der Freiheit"!

*

In der zweiten geschlossenen Generalversammlung wurde der Bonifacius-Verein sowie die katholische kaufmännische Vereinigung der werkthätigen Unterstützung empfohlen. Ferner wurde die Errichtung einer Annoncen-Expedition möglichst in Verbindung mit der Centralstelle des Volksvereins beschlossen und ein Antrag Ries-Ludwigshafen angenommen, der dem Wunsche Ausdruck giebt, daß redegewandte Männer aller Stände sich der Centralstelle für die katholischen Vereine zur Verfügung stellen. Schließlich gelangte ein Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Antoni-Fulda und des Justizrats Custodis-Köln zur Annahme, in dem der Eintritt in die Antiduell-Liga empfohlen und die Erwartung ausgesprochen wird, daß dem Duell, besonders dem moralischen Duellzwange ein Ende bereitet werde.

Das Centrum brauchte nur einmal eine Militärforderung zu verweigern, um dem Duellunfug ein Ende zu bereiten. —

Die „Märkische Volks-Zeitung" erbost sich über unsre „dummen und frechen" Glossen zu dem Mannheimer Wettgeschwafel. Dumm findet sie die Festnagelung der Giesbertschen Erklärungen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung vom Centrum ins Leben gerufen worden sei, um als pfäffisch-kapitalistische Schutzgarde gegen die Bestrebungen der Socialdemokratie zu dienen. Diese Erklärungen erschienen dem „Vorwärts" als funkelnagelneu. Neu waren diese blamablen Erklärungen allerdings nicht, aber nichtsdestoweniger charakteristisch für die gerade in Mannheim wieder so marktschreierisch angepriesene Arbeiterfürsorge des Centrums. Wir begreifen deshalb vollkommen, daß ein Centrumsblatt die Hervorhebung dieses arbeiterfremdlichen Motives des so spät erwachten Centrumsinteresses für die Gewerkschaftsorganisationen „dumm" findet.

Frech findet das Blatt unsre Anspielung auf die blödsinnigen Teufelsgeschichten des Münchener „Marienboten":

„Was den thörichten Quatsch von Teufelsspuk angeht, so sind es nicht allein alle vernünftigen katholischen Laien — also auch Herr Giesberts und die von ihm geleiteten christlichen Gewerkschaftler —, sondern gerade auch die kirchlichen Behörden, welche die Veröffentlichung von unbewiesenen und unbeweisbaren, einen thörichten Wunderglauben fördernden Teufelsspukgeschichten und dergleichen, wie sie leider kürzlich wieder in einem der „Erbauung" dienenden Münchener Blättchen zu lesen waren, aufs schärfste verurteilen."

Sonderbar nur, daß der sonst so weitreichende Einfluß der kirchlichen Behörden der Kaplanpresse gegenüber so völlig versagt! —

Geständnisse einer alldeutschen Seele.

Pünktlich ein Jahr vor jeder Reichstagswahl stellt sich auf dem Büchermarkte Herr Dr. Johannes Unold ein, um seine Parteigänger, die Nationalliberalen und besonders die Alldeutschen vor den Wählern zu diskreditieren. Im Jahre 1897 veröffentlichte er ein Buch: „Ein neuer Reichstag. Deutschlands Rettung". Indem er hier mit voller Kehle in das Geschrei gegen das Reichstags-Wahlrecht einstimmte, erleichterte er einigen seiner Freunde das Durchfallen. Auch diesmal schickt er sich an, ihnen denselben Liebesdienst zu erweisen. Im alldeutsch-wasserpatriotischen und nationalliberal-kulturkämpferischen Verlage von J. F. Lehmann in München veröffentlicht er eben ein Buch über „Die höchsten Kulturaufgaben des modernen Staates", in dem er abermals mit höchstem Freimut die kitzliche Frage beantwortet, um die sich sein Partner in der Bierbankpolitik, Herr Hasse, vor seinen Leipziger Wählern so ängstlich herumgedrückt hat: die Frage nach seiner Stellung zum Reichstags-Wahlrecht. Dem alldeutschen Schreckenskind ist es nämlich gelungen, in einem besonderen Kapitel die „Unfähigkeit und Unhaltbarkeit einer Massenherrschaft" zu beweisen. Sein Ideal ist ein Reichstag, der sich aus verschiedenen Berufsgruppen zusammensetzte und von 560 Sitzen 60 der Vertretung der Industrie-Arbeiterschaft einräumte. Unold macht z. B. jenen Massen, denen die Reichstags-Kandidaten unter seinen Freunden eben jetzt um den Bart gehen sollen, dieses niedliche Kompliment:

Wie Kinder sind die Massen nur durch Versprechungen von Rechten und Genüssen durch verlockende Erwartungen und schöne Aussichten bei guter Laune zu erhalten und lassen ihren treuesten und besten Freund im Stich, wenn ihnen ein **leichtfertiger Betrüger** mehr verspricht.

Und er fragt:

„Wer bildet überall die Mehrzahl? Um es kurz zu sagen: **„Die Jüngsten, die Dümmsten und die Aermsten."**

Ihm ist es vollkommen klar, daß das jetzige Reichstags-Wahlrecht „das Gegenteil von einer gerechten, brauchbaren und würdigen Volksvertretung zur Folge hat".

Was werden die nationalliberalen und alldeutschen Herren thun? Werden sie es nicht verschmähen, sich in ihren Wählerversammlungen „an die Jüngsten, Dümmsten und Aermsten" zu wenden? Werden sie ihnen erzählen, wie man über sie, die Reichstagswähler, in alldeutschen Parteikreisen denkt und schreibt? Werden sie als „treueste und beste Freunde" offen eingestehen, daß es ihre einzige Sorge ist, wie man dieses Wahlrecht konfiszieren könne, auf Grund dessen sie gewählt sein sollen, so lange es besteht? Oder werden sie am Ende als „leichtfertige Betrüger" mehr versprechen als sie halten wollen, um die Massen „durch verlockende Erwartungen und schöne Aussichten bei guter Laune zu erhalten"?

Herrn Unold ist's auch diesmal trefflich vorbeigegangen. Eine Karikatur der „socialen Massenherrschaft" sollte es werden, und es ward die Selbstzeichnung der verlogenen wasserpatriotischen und alldeutschen Demagogie. —

Der König von Italien ist am Mittwoch gegen Abend in Potsdam eingetroffen, am Donnerstag wird er Berlin besuchen. Die Reise des Königs bleibt, wie es der Ueblichkeit entspricht, nicht ohne allerlei Alarmnachrichten von „anarchistischen" Vorbereitungen und von Verhaftungen angeblicher Anarchisten. So wird aus Nizza gemeldet und von den Zeitungen in Gruseln erregendem Fettdruck mitgeteilt, daß dort ein spanischer Anarchist Garcia-Lopez verhaftet sei, der sich nach Berlin begeben wollte. In Zürich sollen sogar 23 Italiener verhaftet worden sein, „weil sie im Verdacht stehen, einem Komplott gegen den König von Italien anzugehören". Solche Gruseldepeschen sind nun einmal das nötige Zubehör von Fürstenreisen." —

Die Fleischteuerung.

Aus zahlreichen Städten kommen Nachrichten von der Erhöhung der Fleischpreise, die schon längst unerschwinglich sind für die unbemitteltere Bevölkerung.

Das „Volksblatt" in Halle berichtet: Am Sonnabend haben eine Anzahl hiesiger Fleischermeister ohne jede weitere Bekanntmachung eine Erhöhung ihrer Fleischpreise vorgenommen. Es kostet das Pfund Schweinefleisch von jetzt ab **90 Pf.**, bisheriger Preis 80 Pf. Auch alle sonstigen Fleisch- und Wurstwaren sind entsprechend im Preise gestiegen. Aehnliche Erhöhungen der Fleischpreise haben in unsern Nachbarstädten Merseburg und Halberstadt stattgefunden.

Auch die Fleischer-Innung in Auerbach i. V. hat beschlossen, in Anbetracht der erheblichen Steigerung der Schlachtvieh-Preise den Verkaufspreis für das Pfund Rindfleisch auf 70, für das Schweinefleisch aber auf 90 Pf. zu erhöhen.

Aus Leipzig wird der „Fr. Ztg." geschrieben: Die hohen Fleischpreise sind auch hier Gegenstand lebhafter Erörterungen umsomehr, als die Fleischer eine öffentliche Erklärung dahin erlassen werden, daß sie unter dem gegenwärtigen Viehmangel eine abermalige Preiserhöhung eintreten lassen müssen. Ein Keil treibt nun bekanntlich den andern, und so sind gegenwärtig in Gastwirtskreisen Unterhandlungen im Gange, wie dieser neuen, belastenden Maßregel zu begegnen sei. Man verkennt nicht, daß die Fleischer zu dem beabsichtigten Schritte gezwungen sind, welcher namentlich das Gastwirtsgewerbe hart trifft und will deshalb die Bezahlung des Gebäcks durch die Gäste einführen, die hier bislang nicht üblich war. —

Die Fleischer-Innung in Bochum erließ folgende öffentliche Ankündigung:

„Infolge der noch fortgesetzt steigenden Schweinepreise sowie auch wegen des außerordentlich hohen und allem Anscheine nach noch nicht auf dem Höhepunkte angelangten Rindviehpreises sehen sich die hiesigen Fleischermeister gezwungen, trotz der so sehr daniederliegenden Konjunktur, **die Preise für Fleisch und Wurstwaren zu erhöhen.** Um der irrigen Meinung des Publikums, als seien die Fleischer schuld an diesem Preisaufschlag, von vornherein entgegenzutreten, erklärt die unterzeichnete Innung, daß diese Teuerung eine Folge der **Knappheit des Schlachtviehes** ist, welche **durch die gänzliche Absperrung der deutschen Grenzen** gegen die über einen viel größeren Viehreichtum verfügenden Nachbarstaaten hervorgerufen ist; denn wie die Erfahrung beweist, ist die deutsche Landwirtschaft nicht im stande — trotz gegenteiliger Behauptung — den Bedarf an Schlachtvieh für das Deutsche Reich zu decken, und es ist auf eine Aenderung nicht eher zu rechnen, bis die Grenzen wieder geöffnet sind." —

Botschafterwechsel. Der bisherige französische Botschafter in Berlin, Marquis de Noailles, wird seinen Posten verlassen. Es bestätigt sich die frühere Mitteilung, daß der Botschafter in Bern Bihourd zum Botschafter in Berlin ernannt ist.

Gleichfalls wird, wie schon seit längerem angekündigt, der amerikanische Botschafter Andrew D. White im November d. J. von seinem Posten zurücktreten. —

Unsre Behandlung der Kaiserreden gefällt der „Kreuz-Zeitung" nicht. Sie meint zu unsern Bemerkungen über die letzte Märker-Rede:

„Als ungehörig muß es bezeichnet werden, wenn sich die Kritik an einzelne Redewendungen, bildliche Ausdrücke u. dergl. heftet, um daraus mit rechthaberischem Besserwissen kleine Irrtümer und Widersprüche nachzuweisen. Das ist der Stil des „Vorwärts".

Die „Kreuz-Zeitung" gesteht hierin Irrtümer und Widersprüche des Kaisers zu. Als treue Verkünderin der Monarchie von Gottes Gnaden sollte sie vor solcher Entgleisung gesichert sein. —

Auch die Bismarck-Begeisterung geht nur bis an den — Geldbeutel. Am Bau der Bismarck-Säule, die am 80. Geburtstage des ersten Reichskanzlers von der deutschen Studentenschaft, die damals eine große Feier zu Ehren des Fürsten veranstaltete, gestiftet wurde, sind **die Bauarbeiten seit Wochen völlig eingestellt,** wie das „Hbg. Frdbl." erfährt, weil manche Studenten in der ersten Aufwallung patriotischer Gefühle Beiträge gezeichnet haben, aber jetzt mit ihren Zahlungen im Rückstand geblieben sind, so daß die Aufbringung des Baukapitals den begüterten Studenten oder deren Vätern allein zufallen würde. Aus diesen Verhältnissen sollen Mißhelligkeiten und Zerwürfnisse unter den beteiligten Studenten entstanden sein, infolge dessen die baukontraktlichen Zahlungstermine an den Bauunternehmer, Zimmermeister und Architekten Holborn in Schwarzenbeck nicht eingehalten werden konnten, worauf dieser die Bauarbeiten einstweilen ruhen ließ. —

Ein Chinakämpfer. Vor der Strafkammer in Waldenburg i. Schl. hatte sich dieser Tage ein Einbrecher gefährlichster Sorte zu verantworten, nämlich der mit einer Expedition im Herbst v. J. aus China zurückgekehrte und vorgeführte Arbeiter August Ludwig aus Waldenburg, dreimal vorbestraft. Der Angeklagte hatte wie ein Hunne gehaust. Mittels Einbruchs hatte er nachts alles mögliche zusammengestohlen. Der Staatsanwalt beantragte für zehn Fälle schweren Diebstahls mittels Einbruchs drei Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte antragsgemäß, sowie außerdem noch auf drei Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. —

Hannover, 27. August. (Depesche.) Die Nummer des „Volkswille", die sich mit der Auslieferung des russischen Studenten Kalajew an die russische Polizeibehörde befaßt, wurde polizeilich beschlagnahmt. Polizeibeamte sind damit beschäftigt, die betreffende Nummer in Gastwirtschaften usw. einzuziehen. —

Die Wertlosigkeit unsrer Kolonien wird jetzt auch von unsren Kolonialpolitikern zugestanden. Peters hat sich kürzlich höchst wegwerfend über seine eigne Kolonialgründung Deutsch-Ostafrika ausgelassen, ihm sind zahlreiche höchst pessimistische Urteile über die andren afrikanischen Kolonien gefolgt. Jetzt höhnt A. F. Pfeil im „Tag" über das „deutsche Südsee-Paradies" Samoa. Er weist darauf hin, daß kürzlich im „Kolonialverein" ein eben aus Samoa heimgekehrter Reisender der Kolonie jeden nennenswerten wirtschaftlichen Wert abgesprochen und sie als eine Art Merkwürdigkeit oder Rarität bezeichnet hat. „Er hat alle Plantagenanlagen und dergleichen im großen Stil für aussichtslos erklärt und deshalb sich auch wohl gehütet, neue nicht unbedingt nötige Aufwendungen für diesen Fleck Erde mit seinen 20 000 Bewohnern zu verlangen." Diese Auffassung stimmt, wie Pfeil schreibt, mit der aller ernst zu nehmenden Kenner der Samoa-Inseln überein. Auf Grund früherer Erfahrungen erklärt er die Einrichtung neuer Samoa-Linien für zwecklos. Alle Versuche mit Kakao und dergleichen seien in Samoa an der Höhe der Produktionskosten gescheitert. Früher sind wenigstens noch Bananen aus Samoa nach Australien ausgeführt worden. Selbst die Bananen kommen jetzt nicht mehr in Betracht, da Australien seinen Bedarf daran bequemer und billiger in den Fidschi-Inseln deckt. Unter diesen Umständen, so schreibt Pfeil, „denkt kein deutscher Reeder an Herstellung einer neuen Samoa-Linie, es sei denn, daß das Reich ihre gesamten Kosten übernähme. Daß aber Deutschland ein solches zweckloses Opfer bringen sollte, ist doch kaum anzunehmen — da hat es doch näherliegende Gebiete für seine Wohlthätigkeit." —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Ein Fall Krosigk? Wie das „B. T." meldet, wurde bei den Divisionsmanövern in der Nähe von Budapest während eines Feuergefechtes gegen markierten Feind der kommandierende Lieutenant Prett durch einen von gegnerischer Seite kommenden scharfen Schuß ziemlich schwer verwundet. Gerüchten zufolge galt die Kugel nicht dem Lieutenant, sondern einem höheren Offizier. Doch hatte die bisherige Untersuchung kein Resultat gezeitigt. —

Frankreich.

Die Steuerverweigerer. Schon ehe der Widerstand in der Bretagne organisiert wurde, drohten einige der klerikalen Heißsporne mit der Steuerverweigerung. Nachdem sich der bewaffnete Widerstand für die Herren als zu gefährlich erwiesen hat, sind sie auf die frühere Idee zurückgekommen und haben eine „Liga für Steuerverweigerung" gegründet. Dieselbe hat soeben ihren ersten Aufruf erlassen, der von Francois Coppé und Eduard Drumont verfaßt ist. „Wir würden uns selbst verächtlich machen," heißt es darin, „wenn wir fortfahren, einer Regierung Steuern zu zahlen, die uns schlechter behandelt, als ein Sieger die Besiegten behandeln würde."

Nach diesen Worten macht man sich gefaßt, von einem regelrechten Kriegsplan zu lesen, nach welchem die Steuerverweigerung und der Widerstand gegen die event. drohende Exekution organisiert werden soll. Aber nichts von alledem! Soweit wollen die Steuerverweigerer nicht gehen: „Um gegen die Handlungen der Regierung, welche die Achtung vor dem Eigentum verletzt, die Gewissensfreiheit und das Recht der Familienväter unterdrückt, zu protestieren, verpflichte ich mich, die Zahlung meiner direkten Steuern bis zum äußersten — Termin hinauszuschieben." Also nur hinausschieben, nicht verweigern wollen die Verteidiger der Ordensgesellschaften die Zahlung der Steuern. Dazu gehört in der That nicht allzu viel Mut und da man sich unter der „äußersten Grenze" auch noch verschiedenes denken kann, so wird es der Liga gewiß nicht an Zulauf fehlen. Denn, wenn nur innerhalb der zulässigen Grenzen Zahlung erfolgt, wird man diese sonderbaren Steuerverweigerer in ihrem harmlosen Vergnügen nicht stören.

Aber was wird nun aus der Verweigerung, aus dem Kampfe, der menschlichen Würde, dem Bürgermut, von dem die Verweigerer in hochtönenden Phrasen gesprochen? —

Strafverfahren gegen die renitenten Klerikalen. In Brest wurde der royalistische Gutsbesitzer Kerdanet gestern abend verhaftet, weil er beschuldigt wird, gelegentlich der Ruhestörungen bei Schließung der Nonnenschule von St. Méen, dem Unterpräfekten einen Schlag versetzt zu haben. Mehrere Gutsbesitzer werden strafrechtlich verfolgt werden, weil sie die Bauern aufgereizt haben, ihre Einlagen aus den Sparkassen zurückzuziehen. —

Der Präfekt des Departements Pas de Calais hat beschlossen, 59 Ordensschulen zu verweltlichen. —

Rochefort sur mer, 27. August. Zwischen streikenden und arbeitswilligen Hafenarbeitern kam es hier zu einem Zusammenstoß. Truppen mußten einschreiten und wurden mit Steinen beworfen. Acht Soldaten und mehrere Aufständige wurden verwundet. Die Ruhe wurde erst nach Vornahme einiger Verhaftungen wieder hergestellt. —

Italien.

Ein internationaler Freidenker-Kongreß wird vom 15. bis 17. September in Ginevra stattfinden. Auf der Tagesordnung dieses Kongresses steht u. a. die Ausbreitung der Freidenker-Idee unter den Kindern; Erziehung in einer bestimmten Religion oder religionslos; wie sind die Frauen für die Bewegung zu interessieren; internationale Agitation gegen die Religionsgesellschaften. Der Kongreß wird von dem bekannten socialistischen Deputierten und Professor Hector Denis von der freien Universität zu Brüssel eröffnet werden. Außerdem werden Fulnemont-Belgien, Briand und Sembat-Frankreich dem Kongreß beiwohnen. —

Niederlande.

Eine Erklärung der Boerengenerale. In der Korrespondenz „Nederland" wird folgende von dem Sekretär der Boerengenerale gezeichnete Erklärung der Boerengenerale verbreitet:

Die Generale Botha, Dewet und Delarey wünschen festzustellen, daß ihnen in englischen Blättern wiederholt angeblich von Korrespondenten im Haag, Brüssel und anderswo herstammende Berichte aufgefallen sind, die den Zweck haben, das gegenseitige gute Einvernehmen und die Einigkeit zwischen den Generalen und dem Präsidenten Krüger, der Sondergesandtschaft oder Dr. Leyds durch völlig unbegründete Mitteilungen über Meinungsverschiedenheiten, die in ihren verschiedentlichen Konferenzen zu Tage getreten seien, zu stören und als gestört hinzustellen. Die Generale wünschen demgegenüber auf das nachdrücklichste zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß zwischen ihnen und den genannten Persönlichkeiten die vollkommenste Harmonie herrscht und stets geherrscht hat. Jede gegenteilige Behauptung oder Unterstellung ist von Grund aus wahrheitswidrig und hat nur böswillige oder schlecht unterrichtete und leichtgläubige Leute zu Urhebern. —

Norwegen.

Die Neutralität Skandinaviens. In verschiedenen skandinavischen Zeitungen hat Björnstjerne Björnson dieser Tage einen Artikel veröffentlicht, worin er für eine permanente Neutralitätserklärung der drei nordischen Länder Propaganda macht. Er spricht darin die Ansicht aus, daß dadurch das Mißtrauen beseitigt werden müßte, das die deutsche Diplomatie gegenüber Dänemark, die russische gegenüber Schweden hegt; und infolgedessen dann auch die Unterdrückungen der Nordschleswiger durch Deutschland, der Finnen durch Rußland aufhören würden. Björnson macht den dänischen und den schwedischen Diplomaten direkt den Vorwurf, daß sie in den letzten Jahren die bei den genannten Großmächten hervorgetretenen Neigungen zur Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses nicht beachtet haben.

Der Artikel nimmt schließlich auf die in Dänemark geplante Adresse an das deutsche Volk gegen die Unterdrückung der Dänen Nordschleswigs Bezug und Björnson giebt den Rat: „Erst eine Neutralitätserklärung zusammen mit den nordischen Nachbarvölkern, und dann, wenn man will, eine Adresse an das deutsche Volk; vielleicht geht diese dann zu Herzen." — Björnson schließt seinen Artikel mit einem Hinweis auf seine Lieblingsidee vom Pan-Germanismus. —

Afrika.

Englische Vorsichtsmaßregeln gegen die südafrikanischen Eingeborenen. Wie der „Leader" aus Johannesburg meldet, begiebt sich eine starke Streitmacht, bestehend aus Infanterie, Kavallerie, berittener Infanterie und Artillerie von Krügersdorp nach Rustenburg und von dort nach der westlichen Grenze. Die Expedition soll Unruhen unter den Eingeborenen verhindern. In amtlichen Kreisen wird zugegeben, daß Truppen in jener Richtung abgegangen seien; doch sei dies nur geschehen, um nach Indien beorderte Truppen zu ersetzen. —

Amerika.

Roosevelt über die Monroedoktrin. Präsident Roosevelt hielt in Augusta eine Rede, in der er auf die Erfolge des spanisch-amerikanischen Krieges hinwies und sagte: Unser Interesse an der Monroedoktrin ist lebhafter als jemals zuvor. Die Monroedoktrin ist die einfache Feststellung unsrer bestimmten Ansicht, daß es den jetzt in diesem Weltteil be-

stehenden Nationen überlassen bleiben muß, ihr eignes Geschick unter einander zu entscheiden, und daß dieser Weltteil nicht länger als Kolonisationsstätte für irgend eine europäische Macht betrachtet werden darf. Die einzige Macht in diesem Weltteil, die diese Doktrin wirksam machen kann, sind sicherlich die Vereinigten Staaten, denn unter den bestehenden Verhältnissen muß eine Nation, die eine Doktrin, welche wahrscheinlich in irgend einer Weise mit andren Nationen in Widerspruch geraten wird, aufstellt, auch die Macht besitzen, sie durchzuführen, wenn sie wünschte, daß die Doktrin anerkannt werde. —

Von den venezolanischen Wirren. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Curaçao: Bei der zweitägigen Beschießung von Ciudad-Bolivar wurden viele Personen getötet und verwundet und viele Grausamkeiten von den Regierungstruppen wie auch von den Revolutionären begangen; 3000 britische Einwohner verlangten die Sendung eines Kriegsschiffes.

Ein späteres Telegramm aus Caracas berichtet, daß die Aufständischen die Stadt Ciudad del Bolivar noch immer bombardieren. Seit mehreren Tagen ist die Stadt von zwei Kriegsschiffen beschossen worden; über 600 Granaten wurden in dieselbe geschleudert. Eines der Kriegsschiffe hat den Hafen verlassen, um neue Munition zu holen.

Ciudad del Bolivar liegt am Orinoko, 600 Kilometer landeinwärts. Da die Stadt nur 12 000 Einwohner zählt, dürfte die Zahl der englischen Einwohner schwerlich 3000 betragen, umsoweniger, als in ganz Venezuela nur 6000 Engländer ansässig sind. —

Der Bürgerkrieg auf Haiti dauert mit wechselndem Erfolg fort. Aus Kap Haitien wird berichtet: Die Stadt Luribé ist von den Truppen des Generals Nord wiedererobert worden. Es fand ein heftiger Kampf statt, auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Der amerikanische Kreuzer „Cincinnati" ist eingetroffen. —

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage nahmen die Genossen in Hannover nach längerer Diskussion den Antrag an, die „Neue Zeit" solle wieder in eine Monatsschrift umgewandelt und billiger abgegeben werden. Auch soll der Parteitag gegen die Annoncenbeilage der „Neuen Welt" Stellung nehmen. Die Parteigenossen von Dresden-Altstadt beantragen eine wörtliche Zusammenstellung der Beschlüsse und Resolutionen des Parteitages im Protokoll.

Reichstagskandidaturen. Im 19. sowie im 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreise werden die bisherigen Kandidaten, die Genossen Seifert und Gerisch wieder kandidieren.

Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Westprieguitz, die am Sonntag in Wittenberge stattfand, ergab ein wenig erfreuliches Bild von dem Stande der Organisation in diesem Kreise. Es waren nur acht Delegierte aus sechs Ortschaften erschienen. Als Vertreter der Agitationskommission war Genosse Laukahn anwesend. Der Kreis-Vertrauensmann hatte 225,41 M. Einnahme und 189,75 M. Ausgabe. Politische Versammlungen haben im Kreise überhaupt nicht stattgefunden, sondern nur drei gewerkschaftliche. Der Partei steht kein Lokal zur Verfügung. Der Wahlverein zählt 50 Mitglieder, die Presse hat geringe Verbreitung. Als Kreis-Vertrauensmann wurde Genosse Lademann wiedergewählt. Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Lademann und Hannowsky delegiert. Genosse Dr. Weyl wurde wieder als Reichstags-Kandidat proklamiert.

In diesem Kreise wurden 1898 für uns 2221 Stimmen abgegeben. Berücksichtigen muß man allerdings, daß die Hälfte der Einwohnerschaft des Kreises der Landwirtschaft angehört und so gut wie gar keine Fabriken vorhanden sind.

Die Gründung eines eignen Parteiblattes beschlossen die Genossen Würzburgs in einer Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins. Ein Parteigenosse hat sich bereit erklärt, das Blatt zu drucken. Man hofft, mit 1500 Abonnenten bestehen zu können. Es scheint sich um eine sehr gewagte Gründung zu handeln und der Plan fand auch in der Versammlung lebhaften Widerspruch, doch ließ sich die Mehrheit nicht von der Gefährlichkeit des Unternehmens überzeugen. Es ist bereits früher in Würzburg ein Parteiblatt gewesen, das sich nicht halten konnte.

Die Verschärfung der Parteigegensätze in Zürich. Wie im Kantonsrat, so sind jüngst unsre Genossen auch im Züricher Großen Stadtrat vergewaltigt worden. Die Demokraten bekämpften unsern Genossen Hauser als Vertreter der Fraktion im Bureau und verlangten den Vorschlag eines andren Genossen. Unsre Fraktion lehnte diese dreiste Zumutung mit Recht ab, worauf dann Demokraten und Liberale einen der Ihrigen wählten. Daraufhin erklärte auch Genosse Lang seinen Rücktritt aus dem Bureau, so daß unsre Partei mit einem Viertel aller Mitglieder keine Vertretung im Bureau hat. Nun hat unsre Fraktion auch die Einladung des Stadtrates zu dem alljährlich stattfindenden offiziellen Bankett am Knabenschießen abgelehnt unter Hinweis auf die Vergewaltigung unsrer Partei durch die Bürgerlichen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Einem Bierwagen nachgefahren zu sein** (einzeln, nicht sammen) wurde 8 Arbeitern in Lüneburg zur Last gelegt. Sie sind von der dortigen Kronenbrauerei mit andern Arbeitern zusammen ausgesperrt worden und dies hat eine Gewerkschafts-Versammlung mit dem Boykott des Bieres beantwortet. Um zu kontrollieren, welche Wirte Kronenbier nehmen, folgten Beauftragte dem Bierwagen stets in einiger Entfernung. Darin erblickte das Schöffengericht groben Unfug und verurteilte 5 der Angeklagten, denen sonst gar nichts weiter nachzuweisen war, zu je 30 M. Geldstrafe. Drei andre wurden freigesprochen, weil sie nicht einmal dem Bierwagen gefolgt waren.

Aus Industrie und Handel.

Zu der Generalversammlung der Elektricitäts-Gesellschaft vorm. Schuckert u. Co., die heute in Nürnberg unter Vorsitz des Reichsrates Maffei abgehalten wurde, waren 13 438 Aktien angemeldet. Anwesend waren 147 Aktionäre mit 12 920 Stimmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt die Direktion Ergänzungen zum Geschäftsbericht, woraus hervorgeht, daß die diesjährigen Verluste durch die Tochterunternehmungen in Rußland, England, Frankreich, die Wasserkraftunternehmungen an den Hykkelsradfällen, in Hawslund und Bergamo, durch die Unternehmungen in Lonza und Jaice sowie durch die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen veranlaßt wurden. Eine längere Diskussion entspann sich darüber, ob einer größeren Anzahl von Aktionären, die nur ein Attest von der königlichen Hauptbank über die Einreichung von Aktien, aber keine Eintrittskarte besitzen, Stimmrecht gewährt werden solle. Die Versammlung beschließt die Zulassung der betreffenden Aktionäre.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Geschäftsbericht" schildert Bankier Dispeckes das unliebsame Aufsehen, welches die vorjährige Dividendenlosigkeit hervorgerufen habe. Man habe nicht verstanden, zur rechten Zeit die Werke zu verkaufen und sich in Optimismus verbissen. Redner vermißt Einzelheiten über die Kontinentale Gesellschaft, welche den wundesten Punkt des Schuckert-Unternehmens bilde, und fragt, wie lange die Garantie für die 30 Millionen dauern solle, welche die Schuckertgesellschaft übernommen habe.

Der frühere Generaldirektor Wacker giebt dann einen Rückblick über die Entwicklung der Kontinentalen Gesellschaft. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte mit 16 Millionen Mark. Schuckert sollte davon 5 Millionen übernehmen und dieser Besitz auf zehn Jahre festgelegt werden. Der Zweck war, daß Schuckert ein großes Interesse an der Kontinentalen Gesellschaft haben sollte, weil die Kontinentale Gesellschaft sich sonst andern Unternehmungen angeschlossen hätte. Nach vier weiteren Jahren wurde nach Uebernahme größerer Unternehmungen das Kapital um weitere 16 Millionen erhöht. Auch hierbei war Schuckert mit 5 Mill. beteiligt. Schließlich blieben Schuckert 8 Mill. als dauernder Besitz. Nach Weiterentwickelung des Geschäfts wurde das Geldbedürfnis durch eine Anleihe von 20 Mill. gedeckt. Man kam zur Erwägung, daß nach Ablauf des Vertrages die große Wahrscheinlichkeit bestand, daß Schuckert seinen Einfluß auf die Kontinentale Gesellschaft verlieren würde. Ferner wünschte man zu einer rationelleren Verwaltung zu kommen; dieses gab die Veranlassung zum Umtausch der Aktien. Auch hatte sich die Notwendigkeit herausgestellt, das eine oder andre Unternehmen in eigne Verwaltung zu bringen. Die geringere Bewertung sei lediglich durch die ungünstigen Zeitverhältnisse erfolgt. Die elektrischen Unternehmungen der Kontinentalen Gesellschaft seien nicht schlechter und nicht besser, als gleichartige, sie entwickelten sich nur langsamer, als man angenommen habe. Man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß für Bauausführungen zeitweise bis zu 30 Millionen herangezogen werden könnten. Wenn die Kontinentale Gesellschaft die Stütze an der Schuckert-Gesellschaft nicht hätte, so läge die Gefahr vor, daß erstere liquidieren müsse. Die Bewertung der Aktien mit 50 Prozent entspreche den heutigen Zeitverhältnissen.

Auf eine Anfrage Dr. Cahns, der Klarheit der Bilanz vermißt, erklärt der Vorsitzende, daß neue Verluste bei einem Kurs der Kontinentalen Gesellschaft von 50 Proz. nicht zu erwarten seien. Die Aktionäre sollten dem Aufsichtsrat ihr Vertrauen wieder schenken, da sich dieser keiner Schuld bewußt sei. Eine vollständige Klarlegung der inneren Verhältnisse liege nicht im Interesse der Gesellschaft.

Dr. Eisenberg schlägt vor, einen Ausschuß zu wählen, der in die Akten Einsicht nehmen soll. Reichsrat v. Klemm wendet sich dagegen. Bezüglich des Delcredere-Conto wurde erklärt, es seien darin Werte, die nicht als direkte Abschreibungen aufgeführt seien. Ferner wurde auf eine Frage Cahns vom Direktor Petri mitgeteilt, daß mit der Berliner Handelsgesellschaft Verhandlungen schweben, um eine leichtere Realisierung der Werte der Kontinental-Gesellschaft herbeizuführen. Die Posten, welche in dem Conto für Minderbewertung steckten, seien u. a. Hawslund, die Société Viennoise, die britische, die russische, die schwedische Gesellschaft und Christiania, nicht aber Lonza und Flix, die definitiv abgeschrieben seien.

Gegen 3/4 2 Uhr wurde die Versammlung auf eine Stunde vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Debatte fragt Dr. Cahn, warum auf Seite 11 des Geschäftsberichts 5 Posten im Betrage von 3 190 000 M. noch als Debitoren verzeichnet seien. Die Verwaltung teilt mit, daß diese Anlagen erst in der Zwischenzeit ausgeführt resp. abgestoßen worden seien. Das Konsortium beabsichtige keine Kündigung vorzunehmen, solange die Schuckert-Gesellschaft den Verpflichtungen nachkomme. Die Garantie der Schuckert-Gesellschaft dauere bis zur Begleichung der Schuld, eine Verpflichtung auf eine bestimmte Zeitdauer bestehe nicht. Dr. Cahn rügt alsdann den Leichtsinn, mit dem in Jaice vorgegangen sei und verlangt Erklärungen über die Millionen-Investierungen.

Wacker bezeichnet den Verfasser der Broschüre über Jaice als Erpresser und legt die Widersprüche in den Beurteilungen der Zeitungen über Jaice dar. Er wiederholt sodann seine Erklärungen über die Tochterunternehmungen.

Dr. Nehmann verlangt, daß das Konsortium sich an den Verlusten beteiligen solle. Er erklärt den vorjährigen Beschluß über die Bilanz für ungültig und beantragt dessen Aufhebung. Auf eine Anfrage, ob es richtig sei, daß Direktor Wacker für jeden Auftrag zehn Prozent Gratifikation erhalten habe, erklärt die Verwaltung, dies sei eine Unwahrheit; Bergamo habe in nächster Zeit 6 Prozent Dividende zu erwarten.

Baurat Nieppel meint, er habe nicht immer mit Wacker übereingestimmt, doch habe dieser bei den Werken in Stuttgart, Hamburg und der Lombardei einen weiten Blick gezeigt, wenn er auch manchmal nicht der richtige Organisator gewesen sei. Dr. Nehmann läßt seinen Antrag fallen, erklärt aber, die Schutzvereinigung könne die Bilanz nicht genehmigen.

Hierauf werden der Geschäftsbericht des Vorstandes und der Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Bilanz genehmigt. Zu Punkt 3 der Tagesordnung (Bilanz) beantragt Oberstleutenant Gräfe die Einsetzung einer Revisionskommission. Der Antrag Gräfe wird verworfen. Ueber die Genehigung der Bilanz wird schriftlich abgestimmt und die Bilanz mit 13 711 gegen 173 Stimmen genehmigt. Dem Vorstand wird mit 9967 gegen 436 Stimmen, dem Aufsichtsrat mit 12 076 gegen 366 Stimmen, Entlastung erteilt. Beim Punkt der Tagesordnung „Wahlen zum Aufsichtsrat empfiehlt Reichsrat von Maffei auf Wunsch des Aufsichtsrats" die Wahl des früheren Generaldirektors Wacker an Stelle des zurückgetretenen Dr. Voltz; die nach dem Turnus ausscheidenden Herren Wellge-Hamburg, Kommerzienrat Guillaume-Köln sollen wiedergewählt werden. Rechtsanwalt Dr. Cahn spricht namens seiner Gruppe in längeren Ausführungen gegen die Wahl Wackers, während Bankier Cohn und Bankier Dispeker die Wahl warm befürworten. Bei der Abstimmung erhielten Wellge-Hamburg 12 272, Guillaume-Köln 12 299, Wacker 10 866 Stimmen. (Beifall.) Die beantragten Statutenänderungen werden darauf durch Acclamation angenommen.

Berliner Bank. Wie die Verwaltung mitteilt, wurde in der heutigen Aufsichtsratssitzung der Abschluß für das erste Halbjahr 1902 vorgelegt. Er hat dieser bei vorsichtiger Bewertung der Aktiven einen Reingewinn von 1 038 280 M. erbracht. Die Wiederzunahme des Geschäfts nach den bekannten wirtschaftlichen Vorgängen des Vorjahres zeigt sich auch in der Steigerung der Umsätze auf den einzelnen Conten, die in den bisherigen Monaten des zweiten Semesters 1902 angehalten hat.

Zum Vergleich sei bemerkt, daß im vorigen Jahre der Reingewinn sich, nach Abschreibungen in Höhe von 1 200 000 M. auf Effekten- und Konsortialconto und nach Abschreibungen in Höhe von 152 044 M. auf Contocorrentconto auf 1 598 211 M. belief.

Ueber die Lage des niederschlesischen Bergbaues wird der „Arbeitsmarkt-Korresp." berichtet: Der Kohlenbergbau im Waldenburger Becken ist im Besitz eines verhältnismäßig großen inneren Marktes, der aus natürlichen Gründen nur schwierig zu bestreiten ist. Die hiesigen Gruben können deshalb mit weit weniger Mühe wie die andren Distrikte den Betrieb leidlich aufrecht erhalten, allerdings tritt die oberschlesische Kohle immer mehr als gefährlicher Konkurrent auf. Augenblicklich legen die größeren Werke, mit Ausnahme der schlesischen Kohlen- und Coakswerke, zwei bis drei Feierschichten im Monat ein; es giebt aber auch Zechen, die wöchentlich ein bis zwei Schichte feiern, zum Beispiel die Wenzelausgrube bei Mölke. Lohnreduktionen sind in den letzten Wochen nicht mehr angeschlagen worden. Augenblicklich wird der Durchschnittslohn etwa 3 Mark betragen. 2 Mark 50 Pfennig pro Schicht werden aber auch häufig ausbezahlt. Wir haben uns davon überzeugt, daß Bergleute, Familienväter in den besten Jahren 48—60 M. Abschlag und am Lohntag noch 10—20 M. Lohnrest erhielten, so daß nach Abzug aller Gefälle (Versicherungsbeiträge, Oelgeld, Gezähekosten usw.) der Barlohn für den Monat nur 58—70 M. betrug. Die viel niedriger entlohnten Tagesarbeiter erzielen nur noch 2,40—2,60 M. pro Schicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vom Maurerstreik in Brandenburg a. H. ist zu berichten: Von 432 vor dem Streik beschäftigten Gesellen haben 349 außerhalb Beschäftigung erhalten, 34 arbeiten zu den neuen Bedingungen und 40 Mann befinden sich noch im Ausstand, jedoch wird sich diese Zahl im Laufe der Woche noch erheblich vermindern, so daß nur ein ganz geringer Teil zu unterstützen bleibt. Als Arbeitswillige sind eine ganze Anzahl Ausländer beschäftigt, die jedoch eine geringe Arbeitsleistung aufweisen. So wurden z. B. in sechs Arbeitstagen von 22 Arbeitswilligen und einem Polier 23 000 Steine verarbeitet; man kann sich hiernach die Arbeitsleistung des einzelnen berechnen. Die Streikenden sind deshalb auch noch nicht verzagt und hoffen noch auf Erfolg.

Deutsches Reich.

Kampfpläne der Unternehmer. Die Hamburger Baugewerks-Innung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Taktik der Unternehmer-Verbände gegen die Bestrebungen der Arbeiter. Der Hauptführer der Hamburger Baugewerksmeister, Herr Lummert, empfahl die Anlegung eines Personal-Verzeichnisses der Gesellen, das dem Arbeitsnachweis der Unternehmer als Grundlage dienen soll, um eine wirksame Maßregelung derjenigen Arbeiter durchzuführen, die die Interessen der Allgemeinheit ihrer Kollegen vertreten. Durch die Einrichtung von Arbeitsnachweisen soll das „Joch der Führer, das heißt der Agenten der Arbeitnehmer", wie sich Herr Lummert im Jargon der Unternehmer ausdrückte, abgeschüttelt werden. Vor allem müßten die Arbeitswilligen vor dem Terrorismus der Streikenden durch die Arbeitgeber geschützt werden. Es müßte dahin kommen, daß die Arbeitswilligen zu ihren streiklustigen Kollegen sagen: „Wir brauchen Euch nicht mehr, wir haben unsre Meister, die für uns sorgen."

Diese Idee, die Arbeiter gewissermaßen in zwei Parteien zu spalten: die der Arbeitswilligen und die der eventuell zum Streik Bereiten, mag ja recht schön sein, aber daß sie nicht verwirklicht werden kann, das müßten doch die Hamburger Baugewerksmeister am besten wissen. Sie haben ja eben erst mit den für schweres Geld angeworbenen Arbeitswilligen so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie gewiß nicht daran denken werden, für diese Sorte von Arbeitern dauernd zu sorgen. Aber selbst die liebevollste Sorge der Unternehmer würde keinen ehrenhaften und seine Interessen verstehenden Arbeiter veranlassen, sich der Kategorie der mit Recht verachteten Arbeitswilligen anzuschließen, denn am letzten Ende ist doch jedem rechtlich denkenden Arbeiter an der Achtung seiner Klassengenossen mehr gelegen als an der sehr zweifelhaften Fürsorge der Unternehmer, die doch höchstens so lange vorhält als sie Profit verspricht.

Was die andre Seite des Unternehmerkampfes anlangt, die Arbeitsnachweise als Maßregelungsanstalten zu benutzen, so macht sich dies Bestreben ja in neuerer Zeit in verschiedenen Berufen und an verschiedenen Orten bemerkbar, aber es geht auch damit nicht so schnell, wie es die Unternehmer wünschen. Die Erfolge, die ihnen die ungünstige Geschäftskonjunktur in dieser Hinsicht etwa bringen könnte, werden sie bei gutem Geschäftsgange nicht halten können, denn da nimmt man es mit den Personalien der Arbeiter bekanntlich nicht so genau. In einem gewaltigen Irrtum befinden sich die Unternehmer, wenn sie meinen, sie könnten durch ihre Organisation die Thätigkeit der Arbeiterorganisationen lahm legen. Das ist weder durch „Fürsorge" für Streikbrecher, noch durch Kampfmittel gegen die ihre Interessen vertretenden Arbeiter möglich. Die Maßnahmen der Unternehmer und die Stärkung ihrer Verbände haben die natürliche Folge, daß die Arbeiter mehr als bisher ihrer Organisationspflicht nachkommen und daß so der starken Unternehmerorganisation die noch stärkere Arbeiterorganisation gegenübertritt, die die Klasseninteressen ihrer Mitglieder vertritt und den wirtschaftlichen Gegner zur Anerkennung berechtigter Forderungen zwingt.

Die Tischler in Köln haben am Dienstag beschlossen, in eine Bewegung zur Erlangung höherer Löhne einzutreten und als Grundlage für die Bewegung eine Erhebung über die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu veranstalten.

Die Firma Eberle u. Treibmann, Schuhfabrik in Dresden-Löbtau bemüht sich fortgesetzt, an Stelle der Ausständigen Arbeitswillige aus andren Orten heranzuziehen. Die Schuhmacher mögen dies beachten. Ein Versuch des Schuhmacher-Verbandes, durch Vermittelung des Löbtauer Gemeindevorstandes eine Unterhandlung mit der Firma anzubahnen, hatte keinen Erfolg. Der Chef ließ mitteilen, daß er mit der „kompakten Masse" nicht unterhandle. Also der dünkelhafte Herrenstandpunkt hindert auch in diesem Falle die gütliche Beilegung des Konflikts.

Ausland.

Das Chorpersonal der niederländischen Oper in Amsterdam befindet sich im Ausstand. Die Ausständigen haben ein Manifest an die Bürgerschaft Amsterdams gerichtet, worin die Ursachen des Streiks geschildert werden. Danach wurde ein Uebereinkommen, das vor kurzem mit dem Direktor getroffen worden war und geringe Verbesserungen für die Choristen enthielt, nicht inne gehalten und 40 Choristen, die sich weigerten, den, dem Uebereinkommen widersprechenden Anordnungen des Direktors Folge zu leisten, plötzlich entlassen. Die Ausständigen haben beschlossen, nur durch die Leitung ihres neugegründeten Choristenverbandes oder durch das Gewerkschaftskartell zu verhandeln. — 20 Streikbrecher haben sich bis jetzt eingefunden, sämtlich von auswärts; sie sollen aber minderleistungsfähige Leute sein.

Die Lohnbewegung der Schmiede und Wagner in St. Gallen gab der durch regierungsrätliche Verordnung vom Februar 1902 bestellten Vermittelungskommission (Einigungsamt) Gelegenheit, zum erstenmal in Funktion zu treten und sie that dies gleich mit einem hübschen Erfolge. Es wurde zwischen beiden Parteien eine Werkstattordnung — kollektiver Arbeitsvertrag — vereinbart, die am 1. September in Kraft tritt und Bestimmungen über die Probezeit, Kündigungsfrist, Lohnzahlung, tägliche Arbeitszeit (10½ Stunden), Lohnzuschlag von 25 Proz. für Ueberstunden, Zurückbehaltung einer Lohnkaution, über die obligatorische Unfallversicherung der Gehilfen durch die Meister enthält.

Der schweizerische Brauerei-Arbeiter-Verband hielt in Basel seinen siebenten Verbandstag ab. Der Verband zählt gegenwärtig 659 Mitglieder in 15 Sektionen gegen 550 bezw. 14 in 1901, so daß er trotz der Krise eine sehr erfreuliche Weiterentwicklung erfahren hat. Neben der Arbeitslosen-Unterstützung wird von nun an auch Krankengeldzuschuß gewährt. Mit dem schweizerischen Wirteverein soll bezüglich der Sicherung der Sonntagsruhe für die Bierausfahrer in Verbindung getreten werden, die Wirte sollen ihren Bedarf an Bier und Eis rechtzeitig bestellen. Dem Gewerkschaftsband soll die Frage der Einführung einer Kontrollmarke unterbreitet werden. Mit Genugthuung wurde konstatiert, daß bezüglich der Abschaffung des Trinkzwanges in den Brauereien erfreuliche Fortschritte erzielt wurden und daß mit den bezüglichen Erfahrungen die Brauereibesitzer wie die Arbeiter zufrieden seien; nur die kleinen und mittleren Brauereien machen Schwierigkeiten. Aus den von den Delegierten erstatteten Situationsberichten ergiebt sich, daß die Arbeiter an den verschiedenen Orten mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen einigermaßen zufrieden seien, nur die Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten lasse zu wünschen übrig. Als Vorort wurde Bern bestätigt. —

Die Former der Steingutfabriken von Montereau streiken, weil man ihnen für das Abtragen des von ihnen verfertigten Geschirrs Abzüge von 3 Fr. pro Woche machen wollte.

Der Beginn des Streiks der Bergleute des Loirebeckens ist auf den 12. September festgesetzt, sofern nicht der Kongreß von Commentry ein früheres Datum bestimmt. Beauregard, der Sekretär der Bergarbeiterföderation des Loirebeckens, führt in einer Denkschrift den Nachweis, daß die Angaben der Gesellschaften, die Ueberschüsse seien um 42 Proz. zurückgegangen, unrichtig sind. Der Sekretär des Nationalkomitees, Cotte und Beauregard sind beauftragt, die Bewegung, wenn möglich, zu einer allgemeinen zu machen, d. h. den Ausstand über ganz Frankreich auszudehnen.

Sociales.

Um den Arbeiterschutz im Gastwirtsgewerbe.

Noch lange kein halbes Jahr ist vergangen, seitdem das bißchen Arbeiterschutz für die Gastwirtsgehilfen in Kraft getreten ist und schon sind eine ganze Anzahl Proteste seitens der verschiedenen Unternehmervereinigungen bei dem Bundesrat eingegangen. Dabei kann man

Die interessante Wahrnehmung machen, daß die verschiedenen Interessengruppen des gastwirtschaftlichen Unternehmertums sich gegenseitig selbst widerlegen. Die Gasthofs-Besitzer sagen, im Restaurant, wo von den Arbeitskräften annähernd die gleiche Leistung verlangt wird, sei die Durchführung der Bundesratsverordnung wohl möglich, nicht aber in Hotels. Der Oberkellner könne nicht vom Zimmerkellner, der Zimmerkellner nicht vom Saalkellner vertreten werden. Die Eingaben andrer Gastwirte-Vereinigungen wiederum weisen haarscharf nach, daß wohl die größeren Betriebe alle, ob Hotel oder Restaurant, die Bestimmungen der Bundesratsverordnung einhalten könnten, nur in den kleineren und mittleren Betrieben seien sie undurchführbar. Nun ist aber Thatsache, daß gerade in den Kleinbetrieben die Ausnützung der Arbeitskräfte eine noch weitgehendere ist als in den großen, daß also gerade hier der Arbeiterschutz einzusetzen hat.

Wie wenig Berechtigung die Klagen der Unternehmer haben, wie sehr es ihnen nur um den principiellen Widerstand gegen jedweden Eingriff in ihre Herrenrechte zu thun ist, dafür liefert einen drastischen Beweis die Petition der Gasthofbesitzer. Die Verordnung läßt bekanntlich für Bade-Orte die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 17 Stunden täglich zu, und zwar für drei Monate, das ist also für die ganze Dauer der Saison. Die Genehmigung hierzu haben die höheren Verwaltungsbehörden zu erteilen. In den Anweisungen des preußischen Ministeriums wird zu diesem Punkt bemerkt, daß die Ausnahmen in der Regel nur kleinen abgelegenen Luftkurorten usw. zu gewähren seien, dahingegen sei die Erlaubnis in den größeren eigentlichen Bade-Orten nicht zu gewähren. Die Gasthofbesitzer erklären nun, daß sie mit einer 16stündigen Arbeitszeit ganz gut auskämen, was sie aber nicht abhält, an andrer Stelle vom Ministerium zu verlangen, auch für größere Bade-Orte die Ausnahmen zuzulassen.

Die neueste Eingabe an den Bundesrat geht von dem Rheinisch-Westfälischen Wirteverband aus. Dort wird verlangt, daß die neunstündige Ruhezeit nur für Gehilfen und Lehrlinge unter 16 Jahren und auch nur da festzusetzen sei, „wo die Verhältnisse es gebieten". Die Verordnung gewährt für jeden Betrieb 60 Ausnahmetage im Jahre; die schlauen Herren Gastwirte möchten 60 Ausnahmetage für jeden einzelnen ihrer Angestellten, so daß sie thatsächlich jeden Tag ihre Gehilfen über die normale Dauer von 16 Stunden hinaus beschäftigen könnten, denn eine Kontrolle würde dann zu den Unmöglichkeiten gehören. Oder aber sie werfen ihre Gehilfen, nachdem sie 60 Ausnahmetage mit unbegrenzter Beschäftigungsdauer absolviert haben, auf die Straße und nehmen sich neue Gehilfen, mit denen sie nun das Spiel von neuem beginnen. Der Umstand, daß sie Lehrlinge und Gehilfen unter 16 Jahren nach den Bestimmungen der Verordnung nicht nach 10 Uhr abends und vor 6 Uhr morgens beschäftigen dürfen, dient ihnen als Vorwand, vom Ruin des Gastwirtsgewerbes zu reden. Natürlich werden alle diese Eingaben nur im Interesse der „soliden Gehilfenschaft" gemacht, welche selbst nicht zufrieden sei mit der Verordnung. Allerdings gebe es auch „unzufriedene Elemente, wie es eben in allen Gewerben stetig Unzufriedene giebt und noch geben wird", Elemente, welche auf Erweiterung der Verordnung drängen. Diesem Drängen möge aber der hohe Bundesrat nicht stattgeben.

Das letztere ist gewiß vom Bundesrat so leicht nicht zu erwarten, wenn man bedenkt, daß es beinahe ein volles Jahrzehnt gedauert, ehe der „Doppel-Achtstundentag" als normale Grenze der Ausbeutungsfreiheit festgesetzt wurde. Wir wollen aber vorläufig auch zu Gunsten des Bundesrats nicht annehmen — eine große Schmeichelei bedeutet das sicher nicht —, daß er dem Drängen der gastwirtschaftlichen Unternehmer-Vereinigungen nachgeben könnte.

Bauarbeiterschutz in der Schweiz.

Ueber die Gerüstkontrolle in der Stadt Zürich im Jahre 1901 lesen wir in dem soeben herausgegebenen Geschäftsberichte des Stadtrates, daß im Berichtsjahre insgesamt 1201 Gerüste, wovon 114 solche für Neubauten, 278 Sprieß- und Sperrgerüste für Umbauten und Tiefbau, 787 Putzgerüste, 22 fliegende Gerüste und mechanische Vorrichtungen, kontrolliert wurden. Die Kontrolle erforderte 4988 Untersuchungen und wiederholt mehrstündige Mithilfe der Controleure bei Erstellung von Gerüsten. In 208 Fällen ist die Anzeigepflicht von der Erstellung eines Gerüstes nicht erfüllt worden; die betreffenden Gerüste mußten von den Controleuren ausfindig gemacht werden. Im übrigen konnte die Kontrolle anstandslos durchgeführt werden und ergab namhafte Besserungen in den Gerüsten. Die Anordnungen der Controleure wurden im allgemeinen pünktlich befolgt. Nach übereinstimmenden Berichten ist für die Gerüste nur gutes, gesundes Material zur Verwendung gekommen. Wegen vorschriftswidriger Erstellung von Gerüsten hatte der Polizeivorstand auf dem Wege schriftlicher Verfügungen in 13 Fällen gegenüber 28 Fällen in 1900 und 47 in 1899 einzuschreiten, und nur in einem Fall, wo Gefahr im Verzuge war, mußte die sofortige Einstellung der baulichen Arbeiten für so lange, als den Vorschriften nicht Genüge gethan war, angeordnet werden. Die Arbeitseinstellung dauerte vier Stunden, und während dieser Zeit wurden die betreffenden Bauten polizeilich überwacht. Die Zahl der Unfälle auf den Bauplätzen beträgt 4, davon 3 mit tödlichem Ausgang; einer hatte für den Verunglückten einen Beinbruch zur Folge. Die Ursachen der Unfälle waren: mißlungener Versuch eines Arbeiters, sich von einer Fensterbank auf das Gerüst zu schwingen; vorzeitige Beseitigung eines Gerüstladens; Schlag durch eine Gerüststange beim Abbruch eines Gerüstes. Nur in einem Falle konnte der Unfall auf ungenügende Rüstung zurückgeführt werden; von der Erstellung dieses Gerüstes war dem betreffenden Controleur keine Anzeige gemacht worden. Durch Befolgung der Vorschrift des § 23 der Verordnung (Bretterbelag in den verschiedenen Stockwerken) wurde in drei Fällen der Sturz von Arbeitern in die ganze Tiefe des Baues und damit schweres Unglück verhütet. Die betreffenden Arbeiter fielen auf die oberste eingedeckte Balkenlage und kamen ohne Schaden davon. „Die Gerüstkontrolle hat sich seit ihrem Bestehen in Zürich als ein wohlthätiges Institut erwiesen und ihr günstiger Einfluß in der Richtung der Unfallverhütung wird nunmehr von allen beteiligten Kreisen anerkannt. Immerhin bedürfen die bestehenden Vorschriften der Ergänzung im Sinne der Verschärfung. Eine bezügliche Vorlage ist in Vorbereitung und wird dem Großen Stadtrate im Laufe des Jahres 1902 unterbreitet werden." — Die beiden Gerüstcontroleure sind ein Maurer und ein Zimmermann.

Das niederländische Unfallversicherungs-Gesetz, das bereits im Januar 1901 im „Staatsblad" publiziert wurde, ist bekanntlich noch immer nicht in Kraft getreten. Nun ist aber begründete Hoffnung vorhanden, daß das am 1. Januar 1903 geschehen kann, vorausgesetzt, daß die Kammern bis dahin mit der Beratung über das „Berufungsgesetz zur Unfallversicherung" fertig werden. Dies ist ein umfangreicher, 119 Paragraphen umfassender Entwurf, der von der Bildung und den Funktionen der „Berufungsräte" handelt, von denen in jeder Provinz mindestens einer errichtet werden soll. Vorsitzender und Sekretär der Berufungsräte sollen nach dem Entwurf von der Regierung ernannt werden und Doktoren der Rechte oder der Staatswissenschaften sein. Außerdem sollen bei jeder Sitzung als Mitglieder des Berufungsrats 2 Arbeitgeber und 2 Arbeiter, die in versicherten Betrieben thätig sein müssen, anwesend sein. Die Kandidaten für dieses Amt müssen sich selbst beim Bürgermeister ihres Wohnortes anmelden, die Wahl hat dann durch die Gemeindevertreter aus der Liste der Kandidaten zu erfolgen. Ist ein Unfallverletzter mit der ihm von der Reichs-Versicherungsbank zuerkannten Erstattung nicht zufrieden, so kann er sich beim Berufungsrat beschweren. Als oberste Appellationsinstanz soll dann noch ein „Central-Berufungsrat" gebildet werden, der aus einem Vorsitzenden und 10 Mitgliedern, die sämtlich Juristen sein müssen, gebildet wird. — Der Entwurf bietet der Arbeiterschaft Hollands in seinen Einzelheiten viel Anlaß zur Kritik. Daß die Ausführung des Unfallgesetzes zwei Jahre auf sich warten läßt, ist ein Beweis dafür, daß die herrschenden Kreise in Holland es nicht sehr ernst nehmen mit ihren socialen Pflichten.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen.

Bekanntlich wird auf Veranlassung des Reichskanzlers jetzt eine Umfrage veranstaltet, ob es zweckmäßig und möglich sei, die gesetzliche Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen auf 10 Stunden herabzusetzen. Wie nicht anders zu erwarten, werden die Umfragen nur bei den Unternehmern veranstaltet, und natürlich halten die es weder für zweckmäßig noch für möglich, die Arbeitszeit zu verkürzen. Wir haben mehrfach solche Unternehmer-Gutachten mitgeteilt, unter andern auch aus Düsseldorf. Die dortigen Unternehmer haben aber nicht bloß in ihrem Namen ablehnend geantwortet, sondern auch behauptet, daß auch die Arbeiterinnen ihrer Meinung seien. Deshalb hat sich jetzt das dortige Gewerkschaftskartell der Sache angenommen. Es hat eine Kommission gewählt, die in Verbindung mit einer ebensolchen des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins selbst Erhebungen bei den Arbeiterinnen anstellen wird, damit auch deren Meinung unverfälscht zum Ausdruck kommt. Die Düsseldorfer Gewerkschaften erwerben sich ein Verdienst durch dieses Vorgehen, das Nachahmung verdient.

Versammlungen.

Lohnbewegung der Bauklempner.

Nach dem Bericht, der gestern abend die Lohnkommission in einer sehr zahlreich besuchten Klempnerversammlung erstattete, haben 19 Firmen mit zusammen 184 Arbeitern die Forderungen bewilligt, trotzdem die Innung, sowie die Vereinigung der Unternehmer durch Cirkular sämtliche Arbeitgeber aufgefordert hatte, unter keinen Umständen zu bewilligen und erst die Beschlüsse der auf gestern abend einberufenen Generalversammlung der Arbeitgeber abzuwarten. Aus den Berichten der Vertrauensleute der Werkstuben geht hervor, daß eine große Anzahl Firmen bewilligen möchten, den Beschlüssen der Generalversammlung aber nicht vorgreifen wollen. — Der Vertreter des Gewerkvereins der Metallarbeiter erklärte, daß seine Organisation die Forderungen gutgeheißen hat und mit dem Verband Hand in Hand gehen will.

Ueber den Beschluß der **Innungsversammlung** berichtete Weitzel später, daß die Forderungen der Abschaffung der Accordarbeit und Einführung eines Minimallohnes völlig abgelehnt wurden.

Die Versammlung beschloß darauf überall dort, wo die Forderungen Donnerstag früh nicht bewilligt werden, die Arbeit sofort niederzulegen.

Berliner Gewerkschaftskommission.

In der am Dienstag abgehaltenen Delegiertenversammlung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: „Die Proportionalwahl zum Gewerbegericht". Diese Angelegenheit ist, dem in einer früheren Versammlung ausgesprochenen Wunsche gemäß, auf die Tagesordnung gesetzt worden. Den Anlaß dazu bot der Umstand, daß der Ausschuß der Gewerbegerichts-Beisitzer die Einführung der Proportionalwahl für das Berliner Gewerbegericht als zur Zeit nicht empfehlenswert erklärt hatte.

Das einleitende Referat hielt Tischler Ahrens, der den Standpunkt des Ausschusses der Gewerbegerichts-Beisitzer begründete. Dem Proportional-Wahlsystem — sagte der Redner — sei vor allen andren der Vorzug zu geben, es sei auch ein Programmpunkt der socialdemokratischen Partei, und im Princip als das richtige anzuerkennen, ob es aber in einem bestimmten Fall befürwortet werden könne oder nicht, das hänge von den begleitenden Umständen ab. Die Socialdemokratie sei für die allgemeine Einführung des Proporz durch Gesetz eingetreten. Dieser Antrag sei abgelehnt und statt dessen gesetzlich festgelegt worden, daß es jeder einzelnen Gemeindebehörde überlassen bleibe, für ihren Bezirk den Proporz einzuführen. Von dieser Befugnis sei bisher nur da Gebrauch gemacht worden, wo durch die Verhältniswahl einer Vertretung der modernen Arbeiterbewegung Abbruch geschehen könne. Wo die Gegner der modernen Arbeiterbewegung die Mehrheit haben, da werde man sich hüten, die Verhältniswahl einzuführen. Das entspreche auch durchaus dem Geist derer, die die fakultative Verhältniswahl beantragt und befürwortet haben. Unter diesen Umständen wäre es taktisch unklug, wenn die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung da, wo sie die Mehrheit haben, die Einführung des Proporz befürworten würden, um so den Minoritäten Einfluß und Bedeutung zu verschaffen, die sie an sich nicht hätten. Zu bedenken sei auch, daß es bei der verhältnismäßig geringen Wahlbeteiligung in Berlin den Minderheiten nicht schwer falle, durch ausgiebige Agitation eine Stimmenzahl aufzubringen, die dem Verhältnis ihrer Stärke zu der der modernen Arbeiterbewegung nicht entspreche. Es könne in keinem Fall als Pflicht der Vertreter der modernen Arbeiterbewegung betrachtet werden, ihren Einfluß zu Gunsten der andren Richtung zu schmälern, und dieser den Rücken zu stärken. Aus diesen Gründen sei der Ausschuß der Gewerbegerichts-Beisitzer zu seinem Votum gelangt. Er habe sich nicht gegen die Verhältniswahl ausgesprochen, sondern gesagt, er könne ihre Einführung in Berlin zur Zeit nicht befürworten.

Lithograph Tischendörfer hält den Standpunkt des Ausschusses für einen verfehlten. Die Begründung desselben durch den Referenten sei sehr schwächlich. Man dürfe nicht die Verleugnung eines principiellen Standpunktes durch taktische Maßnahmen rechtfertigen. Eine Partei, die in solcher Weise principielle Forderungen vertritt, könne nicht ernst genommen werden. (Oho!) Die Befürchtung, daß die Minderheit eine verhältnismäßig zu starke Vertretung erlangen könne, sei Angstmeierei, die einer großen Partei nicht gut anstehe. In Fragen der Gerichtsbarkeit müsse die Parteifarbe in den Hintergrund treten. Eine große Richtung habe nicht nötig, solche taktischen Manöver, wie der Referent befürwortete, auszuführen.

Buchdrucker Maffini: Von taktischen Manövern könne hier keine Rede sein. Der Ausschuß habe seinen Beschluß nach reiflicher Ueberlegung gefaßt. Von andrer Seite werde unsrer Richtung immer vorgeworfen, daß sie einen dogmatischen Standpunkt vertrete. Nun sei der Ausschuß, um den thatsächlichen Verhältnissen Geltung zu verschaffen, vom dogmatischen Standpunkt abgewichen, und auch daraus würden ihm von jener Seite Vorwürfe gemacht. Redner erklärt sich als Gegner der Verhältniswahl. Wer die Mehrheit hat, der solle seine Macht gebrauchen, natürlich im Interesse der Allgemeinheit. Wir haben keine Veranlassung, diejenigen Organisationen zu stärken, die es als ihre Aufgabe betrachten, die moderne Gewerkschaftsbewegung zu hindern und ihr Schwierigkeiten zu machen. Der Ausschuß habe recht gehandelt. Von Angstmeierei könne keine Rede sein.

Arbeitersekretär Körsten wendet sich gegen Tischendörfer und rechtfertigt die Haltung des Ausschusses. Wenn Tischendörfer die Einführung der Verhältniswahl als gerecht betrachtet, dann möge er sich dahin wenden, wo die Christlichen die Mehrheit haben. In jenen Gegenden denke man gar nicht an die Einführung der Verhältniswahl, da gestehe man der modernen Arbeiterbewegung nicht das Recht der Vertretung der Minderheit zu, man benutze vielmehr die Vorteile, welche die Mehrheit bietet. Gerade auf jener Seite habe man kein Recht zu verlangen, daß die modernen Gewerkschaften eine Einrichtung, die gegen sie geschaffen ist, anerkennen und befürworten sollen. Was der Ausschuß beschlossen hatte, liege im Interesse der modernen Gewerkschaften.

Buchdrucker Döblin meint, beide hier vertretenen Ansichten hätten eine gewisse Berechtigung und das Richtige liege in der Mitte zwischen beiden. Es sei doch eigentümlich, daß die Arbeiter, die doch alle dieselben wirtschaftlichen Interessen haben, sich gegenseitig mit Mißtrauen betrachten, wenn es gelte, den Arbeiterstandpunkt in der Rechtsprechung zu Ausdruck zu bringen. Dieses Mißtrauen würde ein Ende nehmen, wenn die politische Gesinnungsriecherei in den Gewerkschaften beseitigt würde. Wir müssen bestrebt sein, auch die Arbeiter, die auf einem andern politischen Standpunkt stehen, zu der Ueberzeugung zu bringen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauung die gleichen wirtschaftlichen Interessen haben. Den Standpunkt des Ausschusses hält der Redner für korrekt.

Nachdem Tischendörfer nochmals seine Anschauung vertreten hatte, billigte Holzarbeiter Kunze die Stellungnahme des Ausschusses, und betonte besonders, daß bei der vorliegenden Frage nicht der Parteistandpunkt maßgebend sei, sondern die Ueberzeugung, daß die unsrer Richtung angehörenden Arbeiter ein größeres sociales Verständnis besitzen wie die Anhänger andrer Richtungen, infolgedessen eignen sich die Vertreter der modernen Gewerkschaften besser für die Rechtsprechung wie jene.

Handelshilfsarbeiter Schumann betonte gleichfalls, daß der Parteistandpunkt mit dieser Angelegenheit nichts zu thun habe, wohl aber der Klassenstandpunkt. Er sei für die Verhältniswahl, aber nicht unter den hier vorliegenden Umständen. Er würde auch das nächste Mal, wenn dieselben Umstände herrschen, gegen die Einführung der Verhältniswahl sein.

Nach Annahme eines Schlußantrages und einigen Schlußbemerkungen des Referenten war dieser Punkt erledigt.

Hierauf wies Körsten auf die bevorstehende Gewerbegerichtswahl hin. Er erinnerte daran, daß für die Arbeitnehmer keine Wählerlisten mehr aufgestellt werden und jeder wahlberechtigte Arbeiter, wenn er sich mit einer sein Wahlrecht ausweisenden Legitimation am Wahltage ins Wahllokal begiebt, wählen kann. Sodann nannte der Redner die Gewerkschaften, welche für die 70 freiwerdenden Beisitzermandate Kandidaten aufzustellen haben, und ersuchte, die Kandidaten dem Gewerkschaftsbureau namhaft zu machen.

Nunmehr berichtete Heidemann über die Lohnbewegung der Bauarbeiter. Die Zahl der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden wird auf 3—4000 geschätzt. Genaue Angaben können erst in nächster Zeit gemacht werden. Der Streik habe bis jetzt 12 000 M. gekostet. Nach den früher gemachten Erfahrungen dürfte es längere Zeit dauern, bis die Forderungen allgemein durchgeführt und festgelegt sind.

Fiegel berichtet, die Glaser beabsichtigen in eine Bewegung einzutreten, um den früheren Errungenschaften, die teilweise nicht mehr von den Arbeitgebern beachtet werden, wieder Anerkennung zu verschaffen. Es handele sich dabei um einen Mindestlohn von 56 Pf.

Ferner berichtete der Vertreter der Elektromonteure über deren kürzlich zum Abschluß gekommenen Streik, und John erstattete Bericht über die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises der Töpfer. Er wies dabei auf die Stellung der lokalorganisierten Töpfer gegen den Arbeitsnachweis hin, sowie auf die bekannten gegen die Quertreibereien jener Seite gerichteten Maßnahmen des Centralverbandes.

An die Berichte knüpfte sich weder eine Diskussion, noch wurden Beschlüsse dazu gefaßt.

In der Versammlung fehlten die Vertreter der Fabrik- und Hilfsarbeiter, Formenstecher, Kassenbeamten, Lagerhalter, Marmorarbeiter, Sattler und Steinhauer.

Schmargendorf. In der öffentlichen Versammlung am 26. d. M. referierte Zubeil über Zeit- und Streitfragen aus dem Reichstage. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, die durch die Beteiligung eines Freisinnigen recht lebhaft wurde. Unter „Verschiedenes" wird bekannt gegeben, daß durch das jetzt zehn Wochen nach der Verhandlung zugestellte Urteil des Kreisausschusses die Wahl des Amtsparteilers Schmidt als Gemeindevertreter für ungültig erklärt worden ist. Im Urteil sind die wesentlichen Gründe der Protestler als berechtigt anerkannt. Da nach gefallenen Aeußerungen beabsichtigt wird, die Angelegenheit als „Privatsache" und nicht als Sache der Wähler zu behandeln und eine neue Wahl durch eine weitere Klage zu verschleppen, so muß die Oeffentlichkeit jetzt schon informiert werden. Gerügt wurde noch, daß das Schul-Brausebad trotz Gemeindebeschlusses und fast 1½ Jahre nach der Eröffnung der neuen Schule noch nicht in Betrieb gesetzt worden ist.

Sociale Rechtspflege.

Einen Anspruch auf Unfallrente begründete der Holzarbeiter H. damit, daß er sich beim Heben von Hölzern einen Leistenbruch zugezogen habe. Die Berufsgenossenschaft wies H. ab und das Schiedsgericht verwarf seine Berufung mit der Begründung, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege. Der Bruch sei nicht infolge der Arbeit entstanden, sondern nur gelegentlich derselben ausgetreten. H. legte Rekurs ein und machte geltend, daß der Bruch doch bei der Arbeit entstanden sei. Er habe vorher keinen derartigen Schaden gehabt und beim Heben der 50 Pfund schweren Hölzer etwas wie einen Stoß in der Leistengegend verspürt. Zwei Tage später habe er den Arzt in Anspruch nehmen müssen. — Das Reichs-Versicherungsamt wies den Rekurs ab und führte begründend aus: Von einem Unfall im Sinne des Gesetzes, das heißt von einer plötzlichen Einwirkung, könne hier nicht die Rede sein. Nach allen wissenschaftlichen Erfahrung sei bei einem Leistenbruch, der soeben entstanden sei, der Schmerz so groß, daß an ein Weiterarbeiten nicht zu denken wäre. Kläger habe nun aber noch zwei Tage gearbeitet und selber nur vom Verspüren eines „Stoßes" gesprochen. Da könne der Schmerz kein so großer gewesen sein. Es wäre anzunehmen, daß der Bruch allmählich und langsam entstanden und nur zufällig bei der Arbeit ausgetreten sei. Hierfür hafte die Berufsgenossenschaft nicht.

Der Bierfahrer und Brauerei-Arbeiter K. beanspruchte von dem Brauereibesitzer Werm eine größere Entschädigung, weil er nach Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht gleich seine Papiere erhalten hatte und ihm eine Arbeitsbescheinigung erst nach mehr als zwei Monaten ausgestellt worden war. Der Beklagte wandte Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ein und berief sich für diese Ansicht darauf, daß der Kläger als Bierfahrer, der vom Erlös seines Absatzes Prozente erhalte, Handlungsgehilfe sei. Das Gewerbegericht erklärte sich jedoch für zuständig: es erachtete K. deshalb für einen Gewerbegehilfen, weil er nicht nur Bierfahrer war, sondern auch, namentlich in letzter Zeit, öfter im Keller gearbeitet hatte. In der Sache selbst wurde festgestellt, daß der Beklagte den Verdacht hegte, K. sei nicht ganz ehrlich gewesen, und daß er deshalb glaubte, K. eine Arbeitsbescheinigung vorläufig, bis zur Aufklärung der Sache, nicht ausstellen zu brauchen. Das Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Dr. Langerhans erklärte es indessen für verfehlt, die Arbeitsbescheinigung zu verweigern oder mit der Ausstellung zu warten, wenn der Verdacht irgendwelchen Vergehens bestehe. Es wäre ratsam, auf jeden Fall sofort eine Arbeitsbescheinigung auszustellen und sie eventuell dem Arbeiter sofort zuzuschicken. Der Vorsitzende empfahl darum einen Vergleich auf Zahlung von 150 M., der dann auch abgeschlossen wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Direktion der Niles-Werke hat gestern Nachmittag die Forderungen der Former und Dreher nach einstündiger Verhandlung mit der Kommission vollständig anerkannt. Die Arbeit wird Freitag früh wieder aufgenommen.

Katholikentag.

Mannheim, 27. August. (W. T. B.) Auf der dritten öffentlichen Generalversammlung des Katholikentages hielt Lycealdirektor Dr. Endres-Regensburg einen Vortrag über Katholicismus und Kunst. Seminarpräses Lansberg-Köln sprach über die Aufgaben des Bonifacius-Vereins. Nach einem Vortrage des Oberbürgermeisters Dr. Antoni-Fulda über die Anti-Duellbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

New York, 27. August. (W. T. B.) Der Millionär Matthews aus Jersey-City stürzte mit seinem Automobil einen Abhang herunter. Matthews und eine Dame wurden getötet, eine zweite Dame sowie ein Geistlicher erlitten tödliche Verletzungen.

er verantwortlicher Redacteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Siebenter Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

München, 25. August.

Sofort nach Schluß des Kongresses wird der Verbandstag vom ersten Vorsitzenden des Verbandes, Holzhäuser-Stuttgart, eröffnet.

Nunmehr erstattet die Mandatsprüfungs-Kommission ihren sehr umfangreichen Bericht, an den sich eine ausgedehnte Debatte anschließt, welche für die Oeffentlichkeit kein Interesse hat.

München, 26. August.

Das Bureau des Verbandstages ist das gleiche, wie jenes des Kongresses. 57 Delegierte sind anwesend.

Den Rechenschaftsbericht des Vorstandes erstattet der Verbandsvorsitzende Holzhäuser-Stuttgart, indem er zunächst auf den gedruckten Bericht verwies, der den Delegierten vorliegt. Der Bericht erstreckt sich über die Periode vom Verbandstage in Halle, der im August 1900 stattfand, bis jetzt. Demselben sei entnommen, daß während der Tagung des letzten Verbandstages sich die Münchener Konfektionsarbeiter im Streik befanden, der eine Ausgabe von 21 522,30 Mark verursachte und erfolglos beendet wurde. Im Frühjahr 1901 traten 31 Orte in den Streik, was eine Ausgabe von 775,06 M. verursachte. Im Oktober 1901 brach in einem Münchener Geschäft ein Streik aus, von dem der Vorstand erst durch die Fachzeitung erfuhr. Derselbe dauerte den ganzen Winter hindurch (20 Wochen) und verursachte eine Ausgabe von 6631 M. Im Jahre 1902 traten die Kollegen in sechs Orten in den Ausstand, was eine Ausgabe von 18 580 M. verursachte. Lohnbewegungen ohne Streiks fanden in 20 weiteren Orten statt, was 1190,75 M. kostete. Außerdem fanden noch drei Abwehrstreiks statt, worunter eine Aussperrung in München, die infolge eines Angriffsstreiks stattfand. Zwei wurden in je zwei Tagen mit vollem Erfolge beendet, während die Münchener Aussperrung sechs Wochen dauerte und durch Vergleich beendet wurde. Sie verursachte mit dem zur Aussperrung Anlaß gebenden Angriffsstreik 25 701 M. Kosten. Insgesamt fanden in der Berichtszeit 7 Abwehrstreiks statt, an denen 100 Betriebe mit 1131 Personen (davon 525 organisierte) beteiligt waren. Erfolgreich verliefen zwei, teilweise erfolgreich zwei und erfolglos drei Abwehrstreiks. Angriffsstreiks fanden im gleichen Zeitraum insgesamt 22 statt, an denen 442 Betriebe mit 3313 Personen (darunter 2209 organisierte) beteiligt waren. Erfolgreich verliefen 10, teilweise erfolgreich 6 und erfolglos 6 Angriffsstreiks.

Die Agitation wurde durch die Anstellung zweier besoldeter Bezirks-Vertrauensleute zu fördern gesucht conform einer auf früheren Verbandstagen gegebenen Anregung. Für den Osten wurde Täterow-Berlin angestellt und für den Westen Trilse-Elberfeld. Eine Reihe Agitationsversammlungen und 2 Flugblätter in je 60000 Exemplaren dienten dem gleichen Zweck. Von Mitte April 1901 wurde monatlich einmal „Der Konfektionsarbeiter" herausgegeben, von dem 1901 acht Nummern erschienen in einer anfänglichen Auflage von 12—15 000 Exemplaren. 1902 wurden fünf Nummern in je 9000 Exemplaren ausgegeben. Die Krebsschäden der Hausindustrie wurden in der Broschüre: „Schutz den Heimarbeitern!" beleuchtet, welche Denkschrift an die Mitglieder des Reichstages und Bundesrats verteilt wurde. Versammlungen im Interesse der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen fanden in 149 Orten statt, an denen sich 14 442 Personen beteiligten. Broschüre wie Versammlungen fanden in Kollegenkreisen nicht die genügende Beachtung.

Holzhäuser ergänzt den Bericht durch diverse Aufklärungen und Erläuterungen.

Den Kassenbericht erstattet der Hauptkassierer Käming-Stuttgart. Er verweist auf den gedruckten Bericht, der sich vom III. Quartal 1900 bis inkl. II. Quartal 1902 erstreckt und bei einem Saldo-Vortrag von 78 879,13 M. mit 402 648,69 M. in Einnahme und Ausgabe bilanziert, wobei 74 700,99 M. auf neue Rechnung vorgetragen erscheinen. Unter den Ausgaben befinden sich 17 443,73 M. für Reiseunterstützung, 24 135,96 M. für Krankenunterstützung, 1203,75 M. für Gemaßregeltenunterstützung, 113 971,40 M. für Streikunterstützung, 39 133,21 M. für die Fachzeitung 2c. Der Kassenbericht zeigt gegen die früheren einen bedeutenden Fortschritt. Für die Unterstützungszweige wurden in der letzten Berichtsperiode insgesamt 90 521,21 M. mehr verausgabt, als in der vorletzten Berichtsperiode. Die letzte Mitgliederzahl beträgt 18 893. Die Fluktuation ist eine sehr große und verdient die weitestgehende Beachtung. Hier macht sich der Schaden der Heimarbeit am klarsten bemerkbar.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Vögele-Mannheim, geht einzelne persönliche Fragen durch und meint, das Unterstützungswesen habe viele Ursachen zu Beschwerden gezeitigt. Die Frage der Fachzeitungs-Verlegung hat nach seiner Ansicht zu Unrecht großen Staub aufgewirbelt.

Namens der Rechnungsprüfungs-Kommission erstattet Joseph-Erfurt den Bericht. Sie hat alles in bester Ordnung gefunden. Die Art und Weise der Filial-Abrechnungen ist manchmal geradezu kläglich. Meist fehlen die nötigen Belege. Er beantragt Decharge-Erteilung.

Nach Beratung und Erledigung des Kassenberichts wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Als Vertreter der Preßkommission erstattet Schädlich-Hamburg den Bericht. Auch hier liegt ein gedruckter Bericht vor, der sich in der Hauptsache mit der Korrespondenz zwischen Vorstand und Preßkommission befaßt. Die Einnahmen und Ausgaben stellen sich wie folgt: Einnahmen 49 985,22 M., Ausgaben 48 542,87 M., Kassenbestand 1442,85 M.

Die Auflage betrug am letzten Termin 19 300 Exemplare. Die Gesamtauflage des „Konfektionsarbeiter" betrug in 13 Nummern zusammen 116 500 Exemplare, welche an Druck und Porto eine Gesamtausgabe von 1422,55 M. verursachten.

Redacteur Stühmer-Hamburg verbreitet sich des näheren über die Frage der Blattverlegung, wie sie vom Vorstande geplant war.

Vor Eintritt in die Mittagspause wird beschlossen, nachmittags eine geschlossene Sitzung abzuhalten, in welcher der Vorstandsbericht zur Beratung steht. Zu dieser Sitzung hat außer den Delegierten, dem Protokollführer, dem Lokalkomitee niemand weiter Zutritt. Vor Eintritt in die Tagesordnung der geschlossenen Sitzung wird noch dem Vertreter der Parteipresse Zutritt gewährt.

Beschlüsse wurden bis Schluß des Berichts nicht gefaßt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Da uns Herr Thieme, Inhaber der „Kurhallen" am Bahnhof Bellevue, den Saal verweigert hat, findet die Versammlung heute Donnerstag in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20, statt. Reichstags-Abgeordneter Fritz Kunert spricht über: „Die Notwendigkeit der Weltlichkeit unsres gesamten Schulwesens, eine socialdemokratische Programmforderung".

Achtung, Parteigenossen im dritten Wahlkreise! In der Parteiversammlung, welche am 27. Juni d. J. im Gewerkschaftshause tagte, wurde einstimmig beschlossen, im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise eine Parteispedition für den „Vorwärts" einzurichten, resp. den Vertrieb sämtlicher Parteiliteratur in eigne Hand zu nehmen.

Parteigenossen! Die Vorbereitungen sind jetzt soweit gediehen, daß die Parteispedition ihre Thätigkeit am 1. September beginnen kann. Zum Spediteur wurde der Genosse **St. Fritz, Oranienstraße 157, IV,** gewählt. Das Geschäftslokal der Spedition befindet sich **Prinzenstr. 31,** Hof parterre.

Es ist Pflicht aller Genossen des dritten Kreises, dahin zu wirken, daß der „Vorwärts" 2c. im Kreise immer größere Verbreitung findet, und durch unsre Spedition bezogen wird. Parteigenossen, unterstützt uns und agitiert für unsre Parteispedition!

Abonnements-Anmeldungen nehmen außer dem Spediteur die Zahlstellen des Wahlvereins, sämtliche bekannten Genossen und der Unterzeichnete entgegen.

Der Vertrauensmann.
Franz Hoch, SO. 26, Admiralstr. 7 IV.

Zum dritten Wahlkreise gehören folgende Straßen: Adalbertstraße 24—66. Admiralstraße. Alexandrinenstraße 14—117. Alte Jakobstraße. Annenstraße. Bethanien Ufer. Beuthstraße. Brandenburgstr. 17a—63. Britzerstraße. Buckowerstraße. Brückenstraße. Dresdenerstr. 6—136. Elisabeth-Ufer. Engel-Ufer. Feilnerstraße. Fürstenstraße. Franzstraße. Hollmannstraße. Jacobikirchstraße. Inselstraße. Josefstraße. Kaiser Franz Grenadier-Platz. Kommandantenstraße. Köpnickerstr. 30—142. Kottbuser Ufer 46—65. Kürassierstraße. Kurstraße 26a—29. Kleine Kurstraße 13—18. Leipzigerstr. 56—68. Luisen-Ufer 1—46. Luckauerstraße. Mathieustraße. Melchiorstraße. Michaelkirchstraße und Platz. Naunynstraße 34—58. Neanderstraße. Neuenburgerstraße. Neue Grünstraße. Neue Jakobstraße. Neu-Kölln a./W. Neue Roßstraße. Oberwasserstraße. Ohmstraße. Oranienstr. 42—165. Prinzenstr. 16—102. Prinzessinnenstraße. Reichenbergerstr. 1—14 und 175—185. Ritterstraße. Rungestraße. Sebastianstraße. Seydelstraße. Skalitzerstraße 1—13 und 137—147a. Simeonstraße. Schäferstraße. Schmidstraße. Stallschreiberstraße. Splittgerbergasse. Spittelmarkt. Waldemarstraße 24—46. Wallstraße. Wusterhausenerstraße.

Der Wahlverein für Adlershof hält am Donnerstagabend 8½ Uhr bei Becker, Oppenstr. 56, seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Kiesel spricht über „Lassalles Leben und Wirken". Wir machen darauf aufmerksam, daß auch Frauen an den Wahlvereins-Versammlungen teilnehmen können.

Lokales.

Die Bestraften unter der Berliner Bevölkerung.

Um eine Grundlage für die Beurteilung der Kriminalität der Berliner Bevölkerung zu schaffen, sind nach den letzten beiden Volkszählungen auf Ersuchen des Berliner Statistischen Amts von der Polizei die Strafblätter gezählt worden, die Anfang 1896 bezw. Anfang 1901 in den einzelnen Polizeirevieren vorhanden waren. Für 1896 wurden 53 758, für 1901 aber bereits 72 814 Strafblätter vorgefunden.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Volkszählungs-Ergebnissen von 1895 bezw. von 1900, so zeigt sich, daß die Strafblätter sich in den dazwischen liegenden fünf Jahren nicht bloß absolut, sondern auch relativ recht beträchtlich vermehrt haben. Von 1896 bis 1901 ist der Anteil der Bestraften an der Bevölkerung von 3,27 Proz. auf 4,12 Proz., der Anteil nur an den strafmündigen Personen von 4,10 Proz. auf 4,87 Proz. gestiegen.

Zu der Frage nach den Ursachen dieser Zunahme wird in dem neuesten Jahrgang des Berliner „Statistischen Jahrbuchs" bemerkt, die Strafblätter seien für die zugezogenen Personen der höheren Altersklassen wahrscheinlich nicht vollständig, die Lücken seien aber wohl im Laufe der Zeit kleiner geworden. Dieser Umstand allein reiche indes nicht aus, um die eingetretene so beträchtliche Zunahme zu erklären. Ursachen andrer Art werden freilich im „Jahrbuch" nicht angeführt. Die Vermehrung der Strafblätter, die sich auf fast alle Reviere erstreckt, ist um so auffälliger, da die Verurteilungen in Berlin, verglichen mit der strafmündigen Bevölkerung, sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bis 1899 (die Zahlen liegen erst bis zu diesem Jahre vor) bedeutend vermindert hatten.

Besondere Beachtung verdient die Verteilung der Bestraften über die einzelnen Stadtviertel. Es ist bekannt, daß das Berliner Stadtgebiet sich in Stadtteile mit einer vorwiegend wohlhabenden und in solche mit einer vorwiegend unbemittelten Bevölkerung scheidet. Hie reich, hie arm! Für die verschiedenen Stadtgegenden ergeben sich aus dieser örtlichen Gruppierung der Bewohner die mannigfachsten socialen Gegensätze. Auch die Verteilung der Bestraften weist einen solchen Gegensatz auf. Wird für jedes Polizeirevier die Zahl der Strafblätter mit der Bevölkerungszahl verglichen, so ergiebt sich, daß in der Regel der Anteil der Bestraften an der Bevölkerung um so höher ist, je spärlicher in der betreffenden Stadtgegend die Wohlhabenden vertreten sind. So war es 1896, so war es auch 1901. In dem letztgenannten Jahre waren mit den günstigsten Zahlen vertreten das 33. und das 32. Polizeirevier (beide zu Berlin W. gehörig), in denen nur 1,06 bezw. 1,38 Proz. der Bevölkerung bestraft waren. Die ungünstigsten Zahlen fanden sich im 57. und im 16. Polizeirevier (dem äußersten Teil des Weddings bezw. dem östlichen Teil des Spandauer Viertels), wo die Bestraften 6,07 bezw. 6,26 Proz. der Bevölkerung ausmachten. Wenn die Vergleichung nur auf die strafmündigen Personen beschränkt werden könnte, so dürfte der Gegensatz infolge des größeren Kindersegens der ärmeren Bevölkerung noch stärker ausfallen. Doch ist für die einzelnen Reviere die Zahl der Strafmündigen nicht angegeben.

Die Strafblätter können, wenn man diese Ungleichheit ihrer Verteilung über die Stadt in Betracht zieht, in der That als eine Grundlage für die Beurteilung der Kriminalität der Berliner Bevölkerung dienen. Der ursächliche Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Gesellschaftsklassen und ihrer Kriminalität kommt dann deutlich zum Ausdruck.

Bedenklicher Monarchismus.

Die gut staatserhaltende und socialistenfressende „Berl. Börsen-Zeitung" widmet dem neuen Rolandbrunnen und den andern auf Befehl Wilhelms II. hergestellten Kunstwerken folgende Worte der Beklemmung:

Der Roland bedeutet den Abschluß der Sieges-Allee. Die Bevölkerung Berlins würde aber zu dieser Statue mit noch größerer Begeisterung aufblicken, wenn sie nicht nur den Abschluß der neuen Anlage, sondern den Abschluß der ganzen etwas bewegten Bauperiode bedeuten würde, die seit einigen Jahrzehnten friedliche Bürger nicht mehr zur Ruhe kommen läßt. Keine Zeit, auch die Zeit des baulustigen und prunkbedürftigen Friedrich I. nicht, hat das Bild der Landeshauptstadt so gründlich verändert, wie die Jahre, die unmittelbar hinter uns liegen. Das neue Reichstagsgebäude ist entstanden, das Abgeordnetenhaus, der Dom, das Marstallgebäude, das geschmacklose Postmuseum; die alte Akademie wird verschwinden, das Herrenhaus ist fertig, das neue Kaiser Friedrich-Museum wächst der Vollendung entgegen; die Denkmäler, Nationaldenkmäler, Märchenbrunnen, Schloßbrunnen, Brückenstatuen schießen hervor wie die Pilze; die „Linden" werden umgebaut, der Tiergarten ist „gelichtet", der Botanische Garten verschwindet und in der Waldeinsamkeit des Grunewalds wird mit dem Abholzen begonnen, damit an den lieben stillen Ufern der Havel Platz für eine Vogelwiese gemacht wird ... Dieses fortwährende Zerwühlen des heimischen Bodens, dieses Schwelgen in prunkvollen Dekoraktionsstücken, die mit preußischer Art nicht das geringste zu thun haben, ist nicht nur ein etwas überflüssiger Sport, es ist geradezu bedenklich, weil es dem Volk die letzte Pietät und Bescheidenheit historischen Traditionen gegenüber vernichten muß. Und es ist ein Symptom für die Kleinheit der Zeit. Es hat noch keine wahrhaft große, schaffende Epoche gegeben, die Monumente gesetzt hätte. Das ist immer die Aufgabe der Epigonen gewesen, die nichts zu schaffen hatten und die Leere des Innern unter dem Glanz des Kostüms zu verbergen suchten. So auch bei uns. Die Väter haben in stummer Arbeit Schlachten geschlagen und Reiche gegründet ... wir sitzen an Bankettafeln, veranstalten Jubelfeiern, setzen auf jeden Berg ein Nationaldenkmal und in jede Stadt mit über Tausend Einwohnern Barockmonumente für Bismarck und Wilhelm den Großen.

Die flammende Kunstbegeisterung des Monarchen und das graue Elend der Monarchisten stehen sich in gar zu unvermittelter Schroffheit gegenüber. Nach Ansicht des Kaisers steht die Berliner Bildhauerschule, deren Werke der „Börsen-Zeitung" zum Ueberdruß gereichen, auf einer Höhe, wie sie kaum in der Renaissancezeit hätte schöner sein können. Der Kaiser ist des festen Glaubens, daß der Eindruck, den die Sieges-Allee auf den Fremden macht, ein überwältigender sei und daß sich überall ein ungeheurer Respekt vor der Berliner Bildhauerei bemerkbar mache. Hier aber in dem staatserhaltenden Blatt wird kein gutes Haar an den unter dem Mäcenat Wilhelms II. entstandenen Denkmälern gelassen, hier giebt sich ein geradezu respektwidriger Widerwille kund. Es entsteht die Preisfrage: Darf man als guter Monarchist die Absicht des Kaisers, durch die von ihm protegierte Denkmalsbaukunst auf das Volk in seinem Sinne einzuwirken, so durchkreuzen, wie es die „Berliner Börsen-Zeitung" thut? Vielleicht giebt die „Kreuz-Zeitung" hierauf Antwort.

Vom Milchkriege. Ueber 2000 Milchhändler hatten sich gestern in den Andreassälen vereinigt, um in öffentlicher Versammlung über die fernere Haltung des Berliner Milchhandels Beschluß zu fassen. Ueber den „Schlußkampf gegen Milchmonopol" sprach der Vorsitzende Wiesener. Der Milchring, führte er aus, habe die Stärke und Einigkeit der Berliner Milchhändler arg unterschätzt, aber auch diese hätten sich getäuscht, da sie hofften, daß der Kampf bis zum 1. Oktober d. J. entschieden sein würde. Das größere Friedensbedürfnis sei unstreitig auf seiten der Centrale, doch dürften die Milchhändler unter keinen Umständen auf einen „faulen Frieden" eingehen. Sie hätten den Kampf gegen die Monopolgelüste aufgenommen und würden ihn siegreich zu Ende führen. Es gelte nur noch einen kurzen energischen Widerstand. (Lebhafter Beifall.) Verbandsvorsitzender Lulay und Rechtsanwalt Dr. Flatau beleuchteten ebenfalls die Situation. Es bleibe den Milchhändlern nichts übrig, als im Interesse der Selbsterhaltung den Milchkrieg bis zur vollständigen Vernichtung aller Monopolpläne fortzusetzen. (Beifall.) Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 26. d. Mts. versammelten Milchhändler Berlins und der Vororte sprechen ihren Entschluß aus, den aufgezwungenen Kampf für die Freiheit der städtischen Milchversorgung und gegen die Verteuerungspläne der agrarischen Milchcentrale mit allen Kräften bis zum siegreichen Ende durchzuführen und zählen hierbei weiter auf die Unterstützung der gesamten wirtschaftlich einsichtigen Einwohnerschaft. Nachdem ganz dieselben Kreise bereits die Fleischpreise auf eine dem größten Teil der Bevölkerung unerschwingliche Höhe getrieben haben, würde jeder Einwohner Großberlins eine verhängnisvolle Unklugheit und ein schweres Unrecht gegen die Gesamtheit begehen, der durch Bezug von Ringmilch — mag solcher durch die Milchcentrale selbst oder die Meierei Bolle erfolgen — dem Plan Vorschub leistet, ein unentbehrliches Lebensmittel der willkürlichen Preissteigerung durch den agrarischen Milchring auszuliefern.

Die Beschlüsse der Parkdeputation über die Ausgestaltung des Leipziger Platzes 2c. sind gestern in einigen Stücken ungenau wiedergegeben worden. Wir tragen das Wesentliche nach: Der Leipziger Platz soll, wie schon bemerkt, nach den Beschlüssen der Deputation geöffnet und dem Publikum zugänglich gemacht werden. Der Gartenbaudirektor erhielt den Auftrag, der Deputation in der nächsten Sitzung einen Plan vorzulegen, bei dessen Ausarbeitung selbstverständlich die Schonung des herrlichen Baumbestandes vorzusehen ist. Das häßliche Eisengitter wird entfernt und durch das sog. Tiergartengitter ersetzt, die Marmorfiguren auf dem Platz sollen zu Lichtständern umgearbeitet werden.

In der Straße Unter den Linden will die Parkdeputation den Einsprüchen der dortigen Geschäftsinhaber zum Trotz die Bürgersteige so bald wie nur angängig mit Lindenbäumen bepflanzen lassen; auf die Rasenstreifen zu beiden Seiten der Mittelpromenade kommen Blumenbeete. Die aus Gips angefertigten Probebänke haben nicht den Beifall des Oberbürgermeisters gefunden; es werden neue Modelle angefertigt.

Auch für die Ausschmückung des Arkonaplatzes im Norden will man entsprechende Mittel in den nächstjährigen Etat einstellen.

Der heutige Besuch des Königs von Italien wird den Berlinern recht angenehm fühlbar gemacht. Die Straßenbahn-Gesellschaften lassen folgende Beschränkungen ihres Betriebes eintreten: Von 9 Uhr morgens an wird der Potsdamer Platz auch für den Straßenbahnverkehr gesperrt. Die Straßenbahnlinien, die im Zuge der Potsdamer und Leipziger Straße verkehren, biegen deshalb an der Ecke der Potsdamer in die Lützowstraße ein und gehen durch diese, die Flottwellstraße über das Schöneberger Ufer, die Schöneberger Straße, ferner durch die Anhalt-, Koch- und Charlottenstraße in die Leipziger Straße. Da auch die Strecke vom Brandenburger Thor bis zum Potsdamer Platz gesperrt wird, so werden die drei Linien, 24 Wedding—Großgörschenstraße, 52 Danziger Straße—Lützowplatz und 51 Kastanien-Allee—Schöneberg geteilt. Sie verkehren vom Westen von der Potsdamer Straße Ecke der Lützowstraße durch die Lützow- und Flottwellstraße über die Königin Augusta-Brücke und durch die Linkstraße bis zum Potsdamer Platz. Vom Norden verkehren sie bis zur Sommerstraße. Sämtliche Linien, die zwischen dem Brandenburger Thor und dem Askanischen Platz verkehren, also die Linie 1 Ringbahn, 15 Moabit—Rixdorf und 14 Moabit—Markheinekeplatz, werden ebenfalls geteilt. Sie verkehren vom Süden bis zur Köthenerstraße, vom Norden bis zum Brandenburger Thor. Auch die Linie 9 Schlesischer Bahnhof muß geteilt werden. Die Wagen verkehren einerseits bis zur Sommerstraße beim Brandenburger Thor, andrerseits bis zum Leipziger Platz. Die beiden Charlottenburger Linien N Charlottenburg—Kupfergraben und O Wilmersdorf—Kupfergraben können während der Dauer der Absperrung vom Westen aus nur bis zur Siegesallee durchgeführt werden. Der letzte Wagen geht um 9 Uhr vom Kupfergraben ab. Die Absperrungen am Potsdamer und Brandenburger Thor werden etwa ¾ Stunden währen. Von 9¼ Uhr morgens an wird auch der Opernplatz für den Straßenbahnverkehr gesperrt. Die über die Linden führenden Linien werden deshalb geteilt. Die vom Süden kommenden Wagen kehren in der Behrenstraße oder auf dem Schinkelplatz um, die vom Norden kommenden vor dem Hotel de Rome oder im Kastanienwäldchen. Während der Dauer der Festvorstellung im königl. Opernhause wird der Opernplatz von 7 Uhr abends an in derselben Weise für den Straßenbahnverkehr gesperrt. Die Unterbrechungen des Betriebes dauern hier voraussichtlich bis um 9 Uhr. Eine größere Anzahl italienischer Geheimpolizisten ist in Berlin eingetroffen. Sie besitzen Paßkarten, um überall die

Kette der Schutzmannsposten durchschreiten zu können. Der uniformierten Schutzmannschaft ist befohlen worden, nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die „hohen Herrschaften" nicht durch Liebhaberphotographen belästigt werden. — Damit den Schulkindern eine Freude werde, fällt heute in allen Berliner Schulen der Unterricht aus.

Berliner Grundbesitzer. Unter den Eigentümern der Grundstücke Berlins sind das Reich, der preußische Staat, die Provinzial- und Kreisverbände, die Stadt Berlin, die Kirchengemeinden, Stiftungen, Korporationen und Gesellschaften, ferner das königliche Haus und die Gesandtschaften mit einer recht erheblichen Zahl von Grundstücken vertreten. Bei der Bevölkerungsaufnahme von 1900 waren in Berlin 25 490 bebaute Grundstücke vorhanden. 22 882 davon befanden sich in Privatbesitz. Von den übrigen 2608 Grundstücken (= 10¼ Proz. aller bebauten Grundstücke) gehörten dem Reich 61, dem preußischen Staat 680, Provinzial- und Kreisverbänden 7, der Stadt Berlin 451, Kirchengemeinden, Stiftungen usw. 1358, dem königlichen Hause 40, Gesandtschaften 11. Seit der Bevölkerungsaufnahme von 1895 ist in Berlin die Zahl dieser öffentlichen Grundstücke verhältnismäßig sehr viel stärker gestiegen als die der privaten. 1895 waren unter 24 001 bebauten Grundstücken 21 993 private und 2008 öffentliche (= 8⅓ Proz. aller bebauten Grundstücke). In den letzten fünf Jahren haben sich die privaten Grundstücke nur um 4 Proz. (von 21 993 um 889 auf 22 882), die öffentlichen dagegen um fast 30 Proz. (von 2008 um 600 auf 2608) vermehrt. Von den öffentlichen Grundstücken gehörten im Jahre 1895 dem Reiche 58, dem Staate 521, Provinzial- und Kreisverbänden 6, der Stadt 350, Kirchengemeinden, Stiftungen usw. 1034, dem königlichen Hause 29, Gesandtschaften 10. Die an sich stärkste Vermehrung hatten die Grundstücke der Kirchengemeinden, Stiftungen usw. (um 324), des Staates (um 159), der Stadt (um 101), des königlichen Hauses (um 11), die verhältnismäßig stärkste die Grundstücke des königl. Hauses (38 Proz.), der Kirchengemeinden, Stiftungen usw. (31⅓ Proz.), des Staates (30½ Proz.), der Stadt (29 Proz.).

Der Berliner Magistrat hat es jetzt mit den Hausbesitzern gründlich verdorben. Die „Allgemeine Haus- und Grundbesitzer-Zeitung" jammert, daß auf dem Central-Verbandstage der in großer Uniform erschienene Branddirektor Giersberg der einzige Ehrengast war.

„Daß die Reichs- und Landesbehörden zu den Verbandstagen der Hausbesitzer niemand abordnen, ist ja nichts neues, und bei der direkt gegen die Hausbesitzer gerichteten „Social"-Politik der Berliner Regierungskreise auch nicht verwunderlich. Daß aber auch der Magistrat sich von der Bacillenfurcht vor den „reaktionären" Ideen der Hausbesitzer hat anstecken lassen und ostentativ den Verhandlungen des Centralverbandes ferngeblieben ist, das erste Mal seit seinem Bestehen —, das will uns, gelinde gesagt, wenig klug erscheinen. Eine Korporation von 100 000 Grundbesitzern kann man, ohne sich selbst der Lächerlichkeit preiszugeben, nicht einfach ignorieren. Jedenfalls ist der Pfeil, den man damit auf die Hausbesitzer abzuschießen vermeint hat, völlig machtlos zurückgeprallt: weder die Verhandlungen, noch die Feste des Centralverbandstages ließen anerkennen, daß die Hausbesitzer den ihnen versagten „Willkommen!" vermißt hätten."

Es ist ja gewiß bitter für so gute und getreue Staatsstützen, daß ihre Bestrebungen für das „Allgemeinwohl" so wenig Beachtung finden. Ob der Magistrat den gegen ihn geschleuderten Fluch der Lächerlichkeit ertragen kann?

Für die Lehrwerkstätten des städtischen Gewerbesaales hat dessen Direktion soeben das neue Programm herausgegeben. Die Anstalt will den Angehörigen des Mechaniker-, Maschinenbauer- und Kunstschmiede-Berufes Gelegenheit geben, nach beendeter Lehrzeit ihre praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vervollkommnen; sie ist also keine Lehrwerkstätte für Lehrlinge, wie solche im Auslande bestehen, sondern hält vielmehr die Ausbildung in einer guten Werkstatt (Werkstatt-Lehre) für unerläßlich. Es werden daher regelmäßig nur junge Leute aufgenommen, welche die dreijährige Lehrzeit und eine gute Volksschule absolviert haben. An den Kursen, welche zehn Wochen dauern, können auch Meister teilnehmen, denen zur Erprobung gewisser Arbeitsmethoden 2c. geeignete Hilfsmittel in ihrer eignen Werkstatt zur Verfügung stehen. Den Schülern ist Gelegenheit geboten, sich zu späterem eignen Gebrauch mustergültige Werkzeuge herzustellen und sich mit modernen Werkzeug-Maschinen, ausgerüstet mit Präcisionsapparaten aller Art 2c. vertraut zu machen; die hergestellten Werkzeuge 2c. können sie gegen Erstattung des Rohmaterials käuflich erwerben. Im Werkstatts-Unterricht werden Erklärungen gegeben aus der Materialienkunde, der Werkzeuglehre, der praktischen Mathematik, der Technologie 2c.; ferner werden die besten Arbeitsmethoden, die Einkaufsquellen, die Arbeitsteilung, Kalkulation 2c. eingehendst besprochen. Ueberblickt man den reichhaltigen Lehrplan dieses städtischen Instituts, so wird man die abwartende Stellung, die der Magistrat der geplanten Technischen Mittelschule gegenüber einnimmt, durchaus gerechtfertigt finden.

Einen ungetreuen Postbeamten scheint das Postamt 5 in der Perlebergerstraße zu beherbergen. Am 20. August mußte eine Reparatur an der Kanalisationsleitung vorgenommen werden, weil diese verstopft war. Man fand als Ursache der Verstopfung eine große Anzahl geöffneter Soldatenbriefe vor, die der Dieb auf ihren Inhalt hin untersucht hatte. Als am Dienstag die Aborte von neuem verstopft waren, stellte sich abermals heraus, daß das Leitungsrohr mit geöffneten Soldatenbriefen angefüllt war.

Baumglück. Auf dem Grundstück Lützowstr. 89 (früher Kaiser Wilhelm-Bad) wird zur Zeit von der Firma Scharnke ein Neubau hochgeführt. Die Maurerarbeiten sind jedoch noch nicht in vollem Umfange in Angriff genommen, da das alte Bauwerk noch nicht vollständig beseitigt ist. Das Niederlegen der alten Gebäude hat die Firma Gierich aus der Frankfurter Allee übernommen; diese Arbeit ist gegenwärtig soweit fertig, daß im Vorderhaus nur noch ein Teil der Kellerwände steht. Das Material zum Aufbau der Hintergebäude wird jetzt noch durch die zwei stehengebliebenen Auffahrten des Vorderhauses transportiert. Die eine der beiden Auffahrten ist unterkellert und daher überwölbt; das Gewölbe selbst ruht auf zwei freistehenden Scheidewänden. Diese Wände waren ebenfalls bis auf zwei Mauersteinschichten über dem Gewölbe niedergerissen, so daß dieses fast aller Stützpunkte beraubt war und bei dem geringsten Druck von oben in sich zusammenstürzen mußte. Am Dienstag kurz nach 12 Uhr mittags brachte der Kutscher Albert Bathe, welcher bei dem Fuhrherrn Steinicke in Reinickendorf beschäftigt ist, eine Fuhre Rüstzeug. B. fuhr, da er keine andre Anweisung bekam, mit seinem Fuhrwerk durch die Auffahrt. Er blieb, weil Mauersteinklamotten vor die Räder des Wagens zu liegen kamen, in der Mitte der Auffahrt sitzen. Als die Klamotten beseitigt waren und B. weiterfahren wollte, gingen die Wände, auf welchen das Gewölbe ruhte, auseinander, und krachend stürzte das Gewölbe, den Kutscher unter dem Schutt begrabend, zusammen. Nachdem hilfsbereite Arbeiter den Verunglückten aus seiner Lage befreit hatten, wurde er in das gegenüberliegende Elisabeth-Krankenhaus gebracht. B. mußte sich noch abends nach 10 Uhr einer Operation unterziehen und liegt jetzt im bewußtlosen Zustande danieder. Er wohnt in Reinickendorf und ist Vater von 5 unerzogenen Kindern. Werden die Schuldigen an diesem Unfall zur Verantwortung gezogen werden?

Todessturz eines Kindes. Die Frau des Goldarbeiters E. aus der Brunnenstraße hatte die Blumen vor ihrem im vierten Stock des Quergebäudes belegenen Küchenfenster begossen und trug die kleine Gießkanne in ein Nebenzimmer. Während dieser kurzen Zeit hatte ihr zwei Jahre alter Sohn Ernst das Fensterbrett erklettert und war auf das Blumenbrett gestiegen. In diesem Augenblick kam die Mutter zurück und wollte das Kind aus der gefährlichen Lage befreien, konnte es aber nicht mehr erreichen. Der Knabe stürzte von oben auf den asphaltierten Hof hinab und blieb mit einem Schädelbruch und inneren Verletzungen liegen. Auf dem Wege nach dem Lazarus-Krankenhause, wohin man ihn in einer Droschke bringen wollte, starb er.

Des Kriegers Tod. In der Jungfernheide hat sich am Dienstag früh der 65 Jahre alte Kriegsveteran Friedrich Enke aus der Kirchbachstr. 4 erhängt. Von Beruf Kellner, genügte er seiner Militärpflicht bei der 10. Compagnie des Leibregiments Nr. 8 und machte die beiden letzten Feldzüge mit. Im Jahre 1894 wurde er von einem Ohrenleiden befallen, daß er auf die Feldzüge zurückführen wollte. Er beantragte für sich einen Ehrensold, wurde aber abschlägig beschieden, weil ein Zusammenhang des Leidens mit den Feldzügen als ganz unwahrscheinlich angesehen wurde. Seit 2 Jahren war er erwerbsunfähig und lebte mit seiner um 4 Jahre jüngeren Frau von einem städtischen Armengeld in Höhe von 11 M. monatlich und dem Verdienst, den seine Frau durch Näharbeit erwirbt. Die beiden alten Leute führten demnach ein recht kümmerliches Dasein in einem kleinen Hofstübchen, daß sie für monatlich sechs Mark von dem Arbeiter Lotze abgemietet hatten. Bei Enke hatte sich zuletzt noch hochgradige Nervosität eingestellt und er machte seiner Ehefrau am Donnerstag voriger Woche den Vorschlag, durch Gift gemeinsam mit ihm aus dem Leben zu scheiden. Das hatte Frau Lotze gehört und kündigte daher noch an demselben Tage das Zimmer. Am nächsten Tage war Enke verschwunden und kehrte auch nicht zurück. Schließlich fanden ihn Soldaten in der Jungfernheide, wo er sich mit seinen Hosenträgern an einem Baume erhängt hatte.

Das Opfer einer Verwechslung scheint der 38jährige Kutscher Adolf Heidepriem, Scharnhorststraße 39, geworden zu sein. Er ist auf einer Ausladestelle am Nordufer beschäftigt und wollte vorgestern abend um 11 Uhr nach Hause gehen. Plötzlich sprang aus der Haustürnische am Nordufer 3 ein Mann heraus und versetzte ihm drei so schwere Stiche in den Unterleib, daß die Eingeweide heraustraten. Dann entfloh der Thäter, und H. blieb hilflos liegen, bis ihn ein Schutzmann fand und nach der Unfallstation brachte. H. hat weder Geld noch Wertsachen bei sich, noch ist er irgendwo in Streit geraten. Daher wird angenommen, daß eine Verwechslung vorliegt.

Verloren gegangen ist die Liste 2683 vom Parteitag. Man wolle sie bei Gustav Witzel, Brunnenstr. 164, abgeben.

Straßensperrung. Die Cuvrystraße von der Görlitzer- bis zur Wrangelstraße wird behufs Asphaltierung vom 28. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Nur wenige Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden aufzuweisen. In der Nacht zum Mittwoch wurde sie nach der Hirtenstr. 7 gerufen. Hier war in einer Dachstube Feuer ausgebrochen, dessen Ablöschung indes bald erfolgen konnte. Gleichzeitig mußte in der Lülowstr. 5 in einem Keller ein Brand abgelöscht werden, der die Decke und Balken ergriffen hatte. Dienstagabend 8 Uhr gingen in der Steinmetzstr. 5 Gardinen, Kleidungsstücke 2c. in einer Wohnung in Flammen auf, die jedoch in kurzer Zeit erstickt werden konnten. In der Waßmannstr. 34 hatte in einem Laden Petroleum, Stroh 2c., Feuer gefangen, ohne indes größeren Schaden zu verursachen. Außerdem wurde die Wehr noch nach der Neuenburgerstr. 30 gerufen. Hier war beim Teeren des Daches einer Laube ein Brand entstanden, der indes noch im Keime unterdrückt werden konnte.

Theater. Im „Deutschen Theater" erfuhren gestern Gerhart Hauptmanns „Weber" die 300. Aufführung; die Premiere des Werkes, das die erste Novität der Direktion Brahm bildete, fand am 25. September 1894 statt; noch in derselben Spielzeit wurde das erste Hundert der Wiederholungen erreicht und seither sind „Die Weber" in jeder Saison auf dem Spielplan des „Deutschen Theaters" vielfach erschienen. — Am Freitag geht neueinstudiert Hermann Heijermanns Seestück „Die Hoffnung" im „Deutschen Theater" in Scene. Die Ausdehnung des Schiller-Theater-Betriebes auf das bisherige Friedrich-Wilhelmstädtische Theater hatte, wie schon erwähnt, auch eine Verdoppelung des Personals zur Folge. Es wurden engagiert für das Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) die Damen Elisabeth Gußmann, Miriam Horwitz und Grete Schulz, die Herren Carl Dapper, Carl Henschel, Bernhard Herrmann, Max Moutor, Paul Paschen, Franz Rolan, Siegfried Rüthling, Arthur Welkin und Carl Wilhelmi; für das Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtische Theater) die Damen Meta Bünger, Elise Hofmann, Cola von Oltzer, Bertha Plauer, Alma Schwartz und Gertrud Wehling, die Herren Fritz Helmer, Friedrich Holthaus, Ernst Schrumpf, Oskar Wagner und Erich Ziegel. Die bisherigen Kräfte des alten Schiller-Theaters sind auf die beiden Ensembles verteilt. Das Ensemble O. und das Ensemble N. werden stets als getrennte künstlerische Gruppen wirken. — Lincke's „Lysistrata" geht heute im Apollo-Theater bereits zum 150 Mal in Scene. — Das Luisen-Theater öffnet, wie wir bereits mitgeteilt, am Freitag mit „Neue Luft", Schauspiel in 4 Aufzügen von M. A. Simácek seine Pforten. Am Sonnabend findet dieselbe Vorstellung statt. In der ersten Nachmittag-Vorstellung am Sonntag, den 31. August, geht das Drama „Wildfeuer" von Friedrich Hahn zu kleinen Preisen in Scene, während abends „Neue Luft" auf dem Repertoire bleibt.

Im wissenschaftlichen Theater der „Urania" wird der mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattete Vortrag „Die deutsche Ostseeküste von den Wanderdünen bis zum Alsensund" nur noch in dieser Woche zur Wiederholung gelangen. In der nächsten Woche wird der neue scenische ausgestattete Vortrag von Dr. Franz Hirsch „Tausend Jahre deutscher Kultur" zum erstenmal zur Aufführung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. In unserem gestrigen Bericht über die Versammlung der Orts-Krankenkasse war ein Irrtum enthalten, den wir auf Wunsch des Berichterstatters richtig stellen. Herr Göhrke ist nicht Kassenmitglied sondern Arbeitgeber.

Lichtenberg. In der Angelegenheit des Spar- und Kreditvereins zu Lichtenberg ist jetzt auch ein Mitglied des Aufsichtsrats, der Kaufmann Neumann, in Untersuchungshaft genommen worden. Er steht im Verdacht der Urkundenfälschung. Den Direktor der Bank, Schunkel, hat man, wie berichtet wird, wieder aus der Haft entlassen.

Das neue Amtsgerichts-Gebäude kommt nördlich der Frankfurter Chaussee, zwischen der Magdalenen- und Alfredstraße, zu stehen. Mit dem Bau wird noch in diesem Jahre begonnen, er soll am 1. April 1905 seiner Bestimmung übergeben werden.

In der Angelegenheit der Orts-Krankenkasse hat nunmehr der Gemeindevorsteher den Antrag der Generalversammlung auf Amtsentsetzung des Kassenvorstandes abgelehnt, obwohl in der Versammlung dargethan wurde, daß verschiedene Vorstandsmitglieder sich beharrlich weigern, ihr Amt auszuüben. Der kommissarische Verwalter der Kasse ist auf Urlaub gegangen, die Kasse ist ohne Vorstand und ohne Rendanten. Wie lange soll dieser Zustand noch bestehen bleiben?

Zehlendorf hat jetzt die ersten Zehntausend seiner Bevölkerungszahl erreicht. Bei der Volkszählung im Jahre 1900 wurden 8889 Seelen, 5 Jahre früher 6034 und im Jahre 1880 nur 2290 Einwohner gezählt. Die Bevölkerungsziffer betrug 1860 840. In dem Gädickeschen „Lexikon von Berlin und der umliegenden Gegend" vom Jahre 1806 findet sich unter Zehlendorf folgende Bemerkung: „Dorf bey Berlin im Teltowschen Kreise mit 86 Feuerstellen und — 262 Menschen."

Eine neue Brandstiftungsperiode scheint augenblicklich für Werder a. H. und Umgebung wieder angebrochen zu sein. Die Thaten der Gebrüder Bergel und deren Genossen, welche fast wöchentlich Brandstiftungen verübten, sind noch nicht vergessen. Die Brandstifter wurden vom Potsdamer Schwurgericht zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, die sie jetzt noch nicht verbüßt haben. Dem Brunnenmacher Bergel soll es aber gelungen sein, aus dem Zuchthaus zu entfliehen, und nun scheint es fast, als ob er wieder in der Nähe von Werder weilt. Kürzlich brannte in Plessow ein Wohnhaus nebst Stall, das dem Hofmeier des Rittergutsbesitzers v. Rochow zur Wohnung angewiesen war, nieder, und zwar infolge von Brandstiftung. In Petzar wurde am Freitag ein Wohngebäude durch Feuer, das anscheinend durch Brandstiftung entstanden ist, eingeäschert, und am Sonnabend vernichtete in Glindow ein großes Feuer, das ebenfalls durch Brandstiftung entstanden war, die mit der Ernte angefüllte Wirtschaftsscheune des Amtsvorstehers Gutschmidt, der seiner Zeit viel zur Ermittlung der Brandstifter beigetragen hatte. Zu gleicher Zeit aber brannte es abermals in Plessow, wo ein auf dem Paschesschen Gehöft aufgestapelter Holzhaufen mutwillig angesteckt wurde, während die Dorfspritze in Glindow war.

Gerichts-Zeitung.

Das Aushängen und Ausstellen von Waren vor den Thüren von Geschäftslokalen kann durch Straßenpolizei-Verordnungen verboten werden. So hat das Kammergericht in einem Strafverfahren entschieden, das gegen den Kaufmann Käßner aus Zeitz wegen Vergehens gegen eine entsprechende Bestimmung der Zeitzer Straßenpolizei-Verordnung angestrengt worden war. Das Kammergericht erklärte die Bestimmung mit folgender Begründung für rechtsgültig: Sie finde ihre rechtliche Stütze in § 6a des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften der Schutz der Person und des Eigentums gehörten. Es sei anzunehmen, daß durch Herabfallen der ausgehängten Gegenstände oder durch Anstoßen Vorübergehende an ihrer Person oder ihrer Kleidung geschädigt werden könnten. — Gegenüber dem allgemeinen rechtsgültigen Verbot sei es gleichgültig, ob gerade im vorliegenden Falle die ausgehängten Kleidungsstücke geeignet gewesen seien, Personen oder Sachen zu beschädigen.

Berliner Einbrecher auf Reisen. Der Tapezierer Kühnlein war ein der Polizei bekannter Dieb. Am Abend des 7. März traf er mit dem 20jährigen Arbeiter Paul Schäpe zusammen, von dem er wußte, daß er kürzlich eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßt hatte. Kühnlein erzählte dem jungen Mann, daß in Kiel „etwas zu machen" sei, er kenne dort die Gelegenheit, einen Diebstahl auszuführen, der reiche Beute verspreche. Er bedürfe dazu aber zweier Gehilfen. Einen habe er bereits in der Person des Schlossers Mittelstedt, eines auf diesem Gebiete erfahrenen Mannes, gefunden; der zweite solle Schäpe sein. Alle Unkosten wolle er selbst tragen. Schäpe, der arbeitslos war, ließ sich überreden. Am folgenden Tage, einem Sonnabende, dampfte das Kleeblatt nach Hamburg ab. Hier vergnügten die drei Reisenden sich einen halben Tag und reisten dann weiter nach Kiel, wo sie in einem der besseren Hotels abstiegen. Der Diebstahl war bei dem Uhrmacher Erfurth in der Holstenstraße geplant und wurde am Sonntagabend gegen 8 Uhr mit verblüffender Dreistigkeit ausgeführt. Während Mittelstedt u. Schäpe den Eingang zur Hausflurthür verdeckten, öffnete Kühnlein mittels Dietriche und Brechwerkzeuge die Thür, die vom Flur zum Laden führte, worauf alle drei von den Waren zusammenrafften, soviel sie nur in der Geschwindigkeit ergreifen konnten. Sie erbeuteten insgesamt für etwa 8000 M. Uhren und Goldsachen. An demselben Abend sollen die drei Diebe noch an zwei andren Stellen in Kiel Einbruchsdiebstähle versucht haben. Am folgenden Morgen traten die drei Reisenden, welche sich unvorsichtigerweise mit ihren richtigen Namen ins Fremdenbuch eingetragen hatten, die Rückreise nach Berlin an. Das Fremdenbuch führte auf die Spur der Thäter. Als Kühnlein verhaftet wurde, legte er ein Geständnis ab, verriet seine beiden Complicen und gab an, daß er einen Teil der gestohlenen Sachen bei dem Handelsmann Wilh. Löwenstein in der Brunnenstraße abgesetzt habe. Als Kühnlein dann nach seiner Zelle zurückgebracht worden war, fand er Gelegenheit, sich zu erhängen. Auch der Schlosser Mittelstedt konnte nicht zur Verantwortung gezogen werden, denn er ist vor etwa zwei Jahren als geisteskrank entmündigt worden. Er wurde wieder nach Dalldorf gebracht. Als der Dritte im Bunde, Schäpe, verhaftet werden sollte, versuchte er durch das Fenster seiner Bodenkammer über die Dächer zu entfliehen, er kehrte aber um, als er den Abstieg verbaut fand. Schäpe stand gestern wegen Diebstahls, Löwenstein wegen Hehlerei vor der siebenten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I.

Löwenstein konnte nicht hinreichend überführt werden, er wurde nach dem Antrage seines Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, freigesprochen. Schäpe wurde zu zwei Jahren Gefängnis wegen eines schweren Diebstahls verurteilt.

Ein alter Bekannter des Gerichts, der Kaufmann Bruno von Glasenapp, stand gestern wiederum wegen Diebstahls im Rückfalle vor der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist trotz seiner vornehmen Verwandtschaft und der ihm zu teil gewordenen guten Erziehung völlig verarmt und lebt von Almosen und Unterstützungen. Er besitzt aber die böse Eigenschaft, diejenigen, die sich seiner annehmen, zum Danke für die ihm erwiesenen Wohlthaten in gemeinster Weise zu bestehlen. Drei derartige Diebstähle wurden ihm jetzt wiederum zur Last gelegt. Bei einem Prediger, den er um Unterstützung bat, benutzte er die Wartezeit auf dem Korridor, aus dem Ueberzieher des Predigers ein Paar Handschuhe zu entwenden. Da der Verlust gleich entdeckt wurde und die Handschuhe auch unter seinen Sachen im Krankenhause am Urban, wo er untergebracht war, gefunden wurden, so fand seine Behauptung, sich die Handschuhe gekauft zu haben, keinen Glauben. In gleicher Weise verschwand aus der Wohnung eines Kaufmannes bei dem Weggange des Angeklagten eine Uhr nebst Kette. Nur der letztere konnte der Dieb sein, da sonst kein Fremder die Wohnung betreten hatte. Als der Angeklagte eines Tages bei der Ehefrau des Tischlers Otto betelte, erquickte diese ihn mit Kaffee und Zubrot. Sie mußte ihn dabei für wenige Minuten allein in der Stube lassen. Gleich nach dem Fortgange des Angeklagten vermißte Frau Otto ihr Portemonnaie mit 12 M. Inhalt, welches auf der Kommode gelegen hatte. Der Angeschuldigte war trotz des erdrückenden Beweises zu einem Geständnisse nicht zu bewegen, beging vielmehr die Taktlosigkeit, sich mit seiner vornehmen Verwandtschaft zu brüsten. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten eine schwere Sühne am Platze, er beantragte gegen ihn vier Jahre Zuchthaus und 5jährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte auf drei Jahre Zuchthaus, 5jährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

In Greiz ist gestern der Seminar-Oberlehrer Collmann wegen Sittlichkeitsverbrechens an seinen Schülern zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Er war, wie die Verhandlung ergab, in fast 300 Fällen überführt worden. Collmann stand in Greiz in hohem Ansehen und war eine Ordnungsstütze erster Güte.

Vermischtes.

Für Gabelsberger-Stenographen. Aus Stenographenkreisen wird der „Nordd. Allg. Ztg." geschrieben: Durch verschiedene Blätter gehen über den Berliner Stenographentag der Gabelsbergerschen Schule, insbesondre über die auf denselben vollzogene Spaltung, Nachrichten, welche als den Thatsachen nicht entsprechend bezeichnet werden müssen. Zunächst muß bemerkt werden, daß der Stenographentag höchste Instanz in allen Angelegenheiten des Bundes, also auch in Systemfragen ist. Derartige Beschlüsse werden mit Zweidrittel-Majorität der vertretenen Vereine gefaßt. Die vom Dresdener Stenographentage beschlossene Systemrevision, welche in Gestalt einer Systemurkunde vom System-Prüfungsausschusse vorgelegt wurde, ist nun auf dem Berliner Tage mit 3428 gegen 1216 Stimmen angenommen worden, hat also mehr als die erforderliche Zweidrittel-Majorität erhalten. Damit ist die Systemurkunde für alle dem Bunde angehörigen Vereine Gesetz geworden. Nun hat allerdings die Minderheit erklärt, bei der alten Schriftform bleiben zu wollen. Es steht aber zu hoffen, daß nicht alle Vereine hinter ihrem Vertreter stehen und daß eine große Zahl derselben dem Bunde treu bleiben wird. Die erwähnte Minderheit hat ihren Stützpunkt in Oestreich, woselbst drei Viertel der Bundesgenossen sich gegen die Systemvorlage erklärt haben. Eine geringe Opposition be-